33. Jahrgang | Bochum, den 30. Juli 1921 | Nummer 31

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementspreis monatlich 1,50 Mk., vierteljährlich 4,50 Mk.; durch die Post bezogen monatlich 3 Mk., vierteljährlich 9 Mk. — Versammlungsanzeigen kosten pro Zeile 75 Pf. — Fest- und Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Verantwortlich für den Inhalt: Karl Schudy; Druck: H. Hansmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, sämtlich Bochum, Wiemelhauser Str. 38—42. Telephon-Nrn. 88, 89 u. 98. Telegr.-Adr.: Altverband Bochum.

Krieg dem Kriege!

„Ja, wenn wir gewußt hätten, was uns bevorstand, dann wäre es im Juli 1914 ganz anders gekommen." Wie oft haben wir diese Redensart damals, als der Krieg kein Ende zu nehmen schien, und erst recht, als es schließlich zu dem von Hindenburg-Ludendorff stürmisch verlangten Waffenstillstand um jeden Preis kam, gehört vorzüglich von zahllosen Volksgenossen, die in den unheilvollen Julitagen von 1914 in Hurrastimmung schwelgten! Eine gewissenlose, verbrecherische Pressepropaganda verseuchte systematisch die öffentliche Meinung in allen Ländern, ließ ihr hüben wie drüben die Machinationen der professionellen Völkerverhetzer nur als „bloße Abwehrmaßregeln" erscheinen. Keiner war Angreifer, alle nannten sich die Angegriffenen. Alle Schuld trugen „die andern". Die militaristische Zensur duldete keine Richtigstellungen. So erfuhren die Völker von einander nur das, was die Kriegsparteiler ihnen zu wissen erlaubten. Es schien damals, als ob es hüben und drüben so gut wie fast nur kriegstolle Unmenschen gäbe. Lügen über Lügen durcheilten die fieberhaft erregte Welt, alle auf die Aufpeitschung der nationalistischen Leidenschaften, die Erzeugung eines blindwütigen Blutrausches berechnet. Eine ganz kleine Gruppe von Halbgöttern in den Hauptstädten der beteiligten Länder dirigierte hinter den Kulissen die Inszenierung der blutigen Welttragödie. Die hohe Erbweisheit der „geborenen und angestammten Staatslenker" stürzte die Menschheit in das unsagbare Unglück.

Heute noch, sieben Jahre nachdem, zweifeln die ausgebluteten Völker daran, daß sie jemals die Folgen des ungeheuerlichen Kriegsverbrechens überwinden werden. Demoralisierung überall. Ein alles bis dato gekanntes Maß überschreitender Niedergang der Volks- und Weltwirtschaft, ein entsetzliches Elend der Millionen verkrüppelter aktiver Kriegsteilnehmer und der Hinterbliebenen der Gefallenen. Dazu eine trostlose Verschuldung der Staaten, Länder und Gemeinden. „Ja, wenn wir das vorher gewußt hätten!"

Die in ihr Unglück hineingetriebenen Völker hätten wissen können, was ein „moderner" Völkerkrieg bedeutet, wenn sie auf die Warnungen und Belehrungen der Feinde des verhängnisvollen Wettrüstens achteten. Oft genug haben in den Parlamenten zu Berlin, Paris, Brüssel, Wien, Rom und London die Friedenspolitiker (Pazifisten) und Sozialisten ihre Alarmrufe gegen die herannahende Katastrophe ertönen lassen. Nicht lange vor dem Eintritt des Weltunglücks haben in Basel auf dem internationalen Friedenskongreß die wahren Hüter des Völkerwohls auf die sich immer drohender zusammenballenden dunklen Wolken warnend hingewiesen. Einer der edelsten Volksfreunde, der große französische Sozialist Jean Jaures, büßte unmittelbar vor dem Beginn des schauerlichen Völkermordens sein auf die Erhaltung des Friedens gerichtetes Streben mit dem Tode! Seine weithin schallende Stimme mußte verstummen, als es am nötigsten war, auf sie zu hören. Wo sich auch im Juli 1914 Demonstranten für den Völkerfrieden erhoben, so in Deutschland die Kerntruppen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft, da wurde ihr Protest erstickt durch die weit größeren Massen der nationalistisch Aufgepeitschten. Gerade unter ihnen trat 1918 der Umschwung zum überschwänglichsten „Radikalismus" am lärmvollsten ein. Gerade von dort hörte man dann am meisten die Klage aus einem Rausch erwachter Stimmungsmenschen: „Ja, wenn wir das gewußt hätten!"

Kann man sich vorstellen, daß die kaum dem blutabzapfenden „Stahlbad" entronnenen Völker diese beispiellose Leidenszeit jemals aus dem Gedächtnis verlieren könnten? Es war ein herzerhebender Augenblick, als in Genf 1920 auf dem Internationalen Bergarbeiterkongreß sich die Delegierten der Deutschen, Oesterreicher, Franzosen, Belgier, Engländer, Polen, Tschechen und Jugoslawen spontan erhoben und beschlossen, alle ihre Kraft einzusetzen gegen die Wiederkehr des wahnwitzigen Völkermordens! **„Krieg dem Kriege!"** Sie, die Bergarbeiterschaften, haben mit am stärksten unter den furchtbaren Kriegsleiden geseufzt. Die einen unter dem Hagel der Granaten und Maschinengewehrkugeln im Sumpf der Schützengräben, zerschmettert, gräßlich verkrüppelt — keine Familie, die nicht wenigstens einen Toten zu beweinen hat —, die andern in harter Grubenfron unter der militaristischen Diktatur, bei immer schmaler werdenden Nahrungsrationen, bis zur massenhaften Vertilgung der fettlosen Steck- oder Kohlrüben und noch elenderer Magenanfüllung. Krankheiten und Massensterben grassierten so auch unter der Arbeiterschaft fern vom „eigentlichen" Kriegsschauplatz. Was wunder, daß ihnen schließlich jedes Ende des Schreckens gleich war, wenn er nur zu Ende ging.

Die Völker verbluteten auf den Schlachtfeldern und starben an Unterernährung in der Heimat — — und die vom Kriegsdienst entbundenen Kriegsgewinnler, Wucherer und Schieber saugten sich wie Blutegeln am siechen Volkskörper fest. Das war die Signatur der „glorreichen Zeit" in allen Ländern. An diese mörderischen Leiden und wucherischen Schröpfungen dachten auch die Delegierten auf dem Internationalen Bergarbeiterkongreß zu Genf, indem sie seelisch erschüttert gelobten: **„Krieg dem Kriege!"** Die Menschheit hat genug gelitten! Noch ein solcher Bluterguß und sie ist verloren!

Wofür war denn der „glorreiche" Krieg? Welches Volk hat Gewinn davon? Das „siegreiche" ist so ausgeblutet und schuldenbelastet wie das „besiegte". Allen sind „herrliche Früchte des Sieges" versprochen worden, alle leiden nun unter Verarmung, Verschuldung, Arbeitslosigkeit, Auswucherung, Lohndruck, Knechtung und Knechtungsversuchen durch den einzigen wirklichen Sieger, den infolge riesenhafter Kriegsgewinne mächtigen internationalen Kapitalismus! Es wäre auch nicht anders bestellt, wenn die Mittelmächte statt der Entente militärisch „gesiegt" hätten. **Der Krieg ist die Ursache der Leiden, unter denen die Völker jetzt seufzen müssen.**

Der nachdenkliche Kulturmensch aber bemerkt mit Schaudern, daß diese Erkenntnis in viele, viele Köpfe noch immer nicht gedrungen ist. Wir sehen, daß die schrecklichen Erfahrungen der 4½ Kriegsjahre bei vielen noch nicht gefruchtet zu haben scheinen. Nationalistischer Tamtam, neue militaristische Gehirnbenebelung, brünstige Anbetung der brutalsten Gewaltpolitik, „völkische" Rassenverhetzung, geschäftige Ausnutzung dieser unseligen Geistesverwirrung durch das „nationale" Kapital, dem sich in unzähligen Zeitungen und Zeitschriften gemeingefährliche Organe einer systematischen Völkerverhetzung zur Verfügung stellten, wohlüberlegte Aktionen zur wirtschaftlichen Erdrosselung und politischen Zerreißung des deutschen Volkes, raffinierte Verhinderung des Wiederaufbaues der tiefkranken europäischen Kulturvölkergemeinschaft — das und ähnliche Verbrechen gegen die Herstellung eines dauernden Völkerfriedens sehen wir. Wohin anders kann das führen als in den Abgrund?!

Die unheilvollen Julitage 1914 vor dem Ausbruch der Weltkatastrophe jähren sich zum sechsten Male. „Ja, wenn wir das 1914 gewußt hätten!" Aber nun wissen wir es doch alle, daß der Krieg ein schauerlicher Verwüstungszustand ist! Nun haben wir doch die Ruinen einstigen Wohlstandes vor Augen. Nun kennen wir doch die entsetzlichen Massengräber von Millionen einst blühender Menschen, nun kennen wir auch die Millionen Kriegskrüppel und Witwen und Waisen, die kaum ihren Hunger stillen können, von denen Scharen bettelnd am Wegrand liegen. Auch in den Ländern der „Sieger"!

Denken die Menschen an dieses Unglück, die wieder mit Trommeln und Flöten hinter der Kriegsfahne demonstrieren gegen die Freunde des Völkerfriedens und der Demokratie? Habt ihr die Ruinen, die Massengräber im Felde, das Massensterben der Verhungerten, die grimmige Volkserbitterung über die wucherischen „Hyänen fern vom Schlachtfeld" schon vergessen? Wißt ihr nicht, die ihr euch noch immer auf die Gewalt der Bajonette stützen wollt, daß eure unselige Politik das **Grab Europas** schaufelt?!

Wir wissen und sagen es euch. Die Kameraden im Bergarbeiterverbande haben nicht vergessen, was sie während des Krieges erdulden mußten unter der Diktatur des Militarismus. Sie wissen, daß es eine Unmöglichkeit ist, die furchtbaren Kriegswunden zu heilen, indem man die Menschheit geistig einstellt auf die Anbetung der militaristischen Gewaltpolitik. Ihr erklären wir als Kulturmenschen unerbittliche Todfeindschaft! Wir halten fest an dem Gelöbnis in Genf: **Krieg dem Kriege!** Vereinigt euch, Bergleute, stärker denn je zur Verteidigung der Menschenrechte!

Mitteldeutsche Bergmanns-Wohnungen.

Auf Grund der Bestimmungen des Reichsarbeitsministers vom 21. Januar 1920 über die Erbauung von Bergmannswohnungen hat die Arbeitsgemeinschaft für die mitteldeutschen Braunkohlenwerke ihre Treuhandstelle als Gesellschaft m. b. H. in Halle geschaffen. Es gehören dazu die Werke im Freistaat Sachsen um Borna herum, ferner die des Zeitz-Meuselwitzer Bezirks, die um Weißenfels, Bitterfeld und Halle — hier besonders das erst im Kriege aufgeschlossene Geiseltal —, ferner noch die um Staßfurt und im Braunschweigischen und schließlich die hessischen. Es ist also ein weit ausgedehntes Gebiet, das im Jahre 1920 aus der Kohlenabgabe rund 69 Millionen Mark aufbrachte, wozu das Reich noch einen Zuschuß von 39 Millionen hergab, so daß im ganzen 108 Millionen zum Bauen zur Verfügung standen. Davon wurden im Vorjahre 1051 Wohnungen bezuschußt, von denen bis Jahresschluß 824 oder 78 Prozent tatsächlich fertig waren, ein für die schwierigen Bauverhältnisse des Vorjahres und für die Neuheit der Einrichtung verhältnismäßig günstiges Ergebnis. Für dieses Jahr stand der gleiche Betrag aus der Kohlenabgabe zur Verfügung, die dafür zu erbauenden Häuser sind meist schon gerichtet; außerdem aber hat

Jahreskohlenabgabe als Vorschuß hergegeben. Dafür ist der „Bauabschnitt 1921 II" an vielen Stellen schon so flott in Angriff genommen, daß mit seiner Vollendung bis Jahresschluß gerechnet werden kann. Reges Leben herrscht auf den nach Dutzenden zählenden Baustellen und mit besonderer Freude sehen wir auf vielen von ihnen soziale Baubetriebe als bauausführende Firmen tätig.

Die Aufgabe der Treuhandstelle ist es, mit dem vorhandenen Gelde möglichst schnell, möglichst viel, aber auch möglichst zweckmäßig zu bauen. Eine gute Organisation sucht beides zu erreichen. Zwanzig örtliche Unterorgane, meist in der Form der Gesellschaft m. b. H., aber auch einige Genossenschaften treten als Bauherren auf. Die Gesellschaften bestehen teils aus einem, meist aber aus mehreren Werken und einer Anzahl von Arbeitnehmern, die Genossenschaften nur aus Arbeitnehmern, die sich ansiedeln wollen. Durch diese weitgehende, zum Teil durch die örtliche Lage bedingte Dezentralisation sind leichtbewegliche Organe entstanden, die unter der Leitung erfahrener Architekten zu schneller Arbeit und Ueberwindung der örtlichen Schwierigkeiten geeignet sind. Um Zersplitterung zu vermeiden und die wertvolle Kraft der angestellten leitenden Architekten voll auszunützen, läßt die Treuhandstelle die Gründung weiterer Körperschaften nicht zu, sondern verweist neue Siedlergruppen auf den Anschluß an die für den Bezirk bestehende Siedlungsgesellschaft. Das ist für Kameraden,

sehr ärgerlich; aber der Standpunkt der Treuhandstelle ist zu gut mit den Erfordernissen der Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit begründet, als daß man sich ihm entgegenstellen könnte. Die Gründung von Genossenschaften zur gemeinsamen Verwaltung der Siedlungen und zum späteren Weiterbau kann ja immer noch erfolgen.

Um von der Treuhandstelle aus genügenden Einfluß auf die sparsamste und dabei beste Bauausführung zu behalten, werden die Unternehmerverträge und Rechnungen einer laufenden Nachprüfung unterzogen, die Erfahrungen der leitenden Architekten in regelmäßigen Zusammenkünften mit der Geschäftsleitung ausgetauscht und der Fortgang der Bauarbeiten laufend überwacht. Voraussetzung für das richtige Ineinandergreifen eines solchen menschlichen Räderwerkes ist die völlige Hingabe der Beteiligten an ihr großes Werk. Sie ist erfreulicherweise vorhanden und es muß außerdem mit Dank anerkannt werden, daß unter den staatlichen Aufsichtsbeamten einzelne mit ganz besonderer Tatkraft und Entschiedenheit dazu beigetragen haben, die unvermeidlichen örtlichen Schwierigkeiten bei der Regelung der Gemeindeanforderungen und des Grunderwerbs schnell und günstig zu beheben.

Die Treuhandstelle hat den Grundsatz aufgestellt, möglichst viele Einfamilienhäuser zu bauen, damit sie der Bergmann erwerben kann und sie nichts mehr mit der Verwaltung zu tun hat. Nur wo Baulücken in der Stadt auszufüllen waren oder wo das Baugelände besonders knapp war — wo Kohle ansteht, soll nicht gebaut werden —, auch wohl um in größeren Siedlungen vorübergehend Beschäftigten die Möglichkeit zur Erlangung einer Mietwohnung zu geben, hat man auch Mehrfamilienhäuser gebaut. Das ist z. B. in Meuselwitz geschehen und gerade jetzt ist dort, gegen den Willen der Geschäftsführung, auf besonderes Drängen der beteiligten Arbeiter hin für Meuselwitz eine dreigeschossige Vielfamilienhausgruppe vom Verwaltungsrat bewilligt worden, die, eingekeilt zwischen Porzellanfabrik und hohen Mietskasernen, keine sehr erfreulichen Aussichten bietet. Man stützte sich aber darauf, daß es das letzte kohlenfreie Baugelände sei. Natürlich ist da von Garten nicht mehr die Rede; aber es wird so gebaut, daß an jeder Treppe nur sechs Wohnungen, in jedem Geschoß an der Treppe nur zwei Wohnungen liegen und hinter dem Abschluß ein geräumiger Vorplatz oder eine Diele den Zugang zu den einzelnen Zimmern gestattet. Auch in Borna (Kasernenstraße) ist auf Wunsch der Stadt, die der großen Kaserne gegenüber keine ganz flachen Bauwerke haben will, eine längere Reihe zweigeschossiger Zwei- und Vierfamilienhäuser erbaut, mit Wohnungen von 70 qm Fläche; aber hier ist Raum für Garten und Stall, und beim weiteren Ausbau der Siedlung werden die nicht an der Hauptstraße liegenden Wohnungen als Einfamilienhäuser gebaut. Die Beschränktheit des Baugeländes hat auch in Regis (Bornaer Bezirk) zu Vierfamilienhäusern mit kleinen Gärten geführt; hier haben aber die Wohnungen nur 55 qm, Stube, Kammer und Küche, sind also für kinderreiche Familien schon recht knapp.

Man ist im ersten Jahre darauf bedacht gewesen, die zulässige Wohnfläche von 70 qm, und bei 10 Prozent der Wohnungen auch von 80 qm, möglichst überall in Anspruch zu nehmen. Man hat dann, um der Ersparnis willen, nach gedrängteren Anordnungen gesucht und dabei erfahren, daß nach den etwas kleineren Typen von 60—65 qm stärkere Nachfrage ist, weil den Arbeitern, die aus noch engeren Wohnungen erlöst werden, nicht ausreichende Möbel zur Verfügung stehen und die Beschaffung neuer bei den heutigen Preisen ausgeschlossen ist. Für den Bauabschnitt II in 1921 sind z. B. 80 qm-Wohnungen fast überhaupt nicht angefordert worden. So sehr man unter gesunden wirtschaftlichen Verhältnissen die Wohnungsbedürfnisse und Wohnkultur des Arbeiters zu fördern geneigt sein möchte, hier ist im jetzigen Augenblick diese offensichtliche Neigung zur Bescheidung sehr erwünscht, weil sie die Zahl der herstellbaren Wohnungen vergrößert.

Je kleiner die Wohnfläche, um so wichtiger wird ihre Einteilung. Auch hierbei sind bemerkenswerte Entwicklungen zu beobachten. Während ursprünglich die Einteilung in fünf Räume — Stube, Küche und drei Schlafkammern — bevorzugt wurde, nimmt jetzt die Verwendung vierräumiger Typen zu. Hierin wird man nicht ohne weiteres einen Fortschritt erblicken können; denn ein besonderes Elternschlafzimmer und für die Kinder die Möglichkeit, sie nach den Geschlechtern zu trennen, dürfte doch das Richtige sein. Auch der Hinweis darauf, daß bis zu einem gewissen Alter die Kinder bei den Eltern schlafen können, und von einem gewissen Alter ab die Kinder aus dem Hause zu gehen pflegen, kann nur dann anerkannt werden, wenn für die dazwischen liegenden Jahre nun auch die Stube zum Schlafen mit herangezogen würde. Da aber die Hausfrauen, wie die Erfahrung zeigt, sich dagegen fast überall hartnäckig sträuben, so bleibt die Schaffung dreier Kammern doch das Beste. Wohl aber kann die eine der Kammern sehr klein gehalten werden. Selbst wenn sie nur 6—8 qm Fläche hat, kann immer ein Bett hineingestellt werden, in dem zwei Jungens oder Mädchen schlafen können, und wo dazu keine Notwendigkeit vorliegt, zeigt wiederum die Erfahrung, daß sich sehr vielseitige und gute Verwendungen für sie ergeben. In ihr kann man häufig den früheren Beruf des Bergarbeiters erfahren; die Steppmaschine des Schusters, die Hobelbank des Tischlers, der Schraubstock des Mechanikers ist da gelegentlich zu finden, aber auch Schreibtisch und Aktenschrank des gewerkschaftlichen oder politischen Vertrauensmannes u. dergl. Auch wird sie mitunter, wenn unmittelbar von der Treppe zu erreichen, an einen Junggesellen vermietet, was durchaus zu billigen ist, wenn die übrigen Familienmitglieder dadurch nicht in schädlicher Weise im Raum beschränkt werden. Es dürfte also die Einteilung in fünf Räume im allgemeinen vorzuziehen sein.

Der Umstand, daß die Stube meistens wenig benutzt wird, andererseits von den Arbeitern größter Wert auf ihr Vorhandensein gelegt wird, hat zwingend dazu geführt, diese Stube auf das kleinstmögliche Maß zu beschränken. Man ist bis auf 9 qm heruntergegangen. Den Gewinn hat die Küche, die der Aufenthaltsraum der Familie ist und mitunter mit 22 qm Fläche den größten Teil des Erdgeschosses einnimmt. Wo die gegebene

zwang, Reihenhäuser in Ost-West-Richtung hinzustellen, so daß die Küche nur Licht von Norden bekommen hätte, hat man sie durch die ganze Haustiefe geführt, daß sie auch noch an der Südseite wenigstens ein Fenster bekommen konnte. Die Spülküche, die im Ruhrbezirk als notwendig betrachtet wird, ist in Mitteldeutschland wenig bekannt. Für die zweckmäßige Abwicklung der eigentlichen Hauswirtschaft ist im allgemeinen so gesorgt, daß durch die Aufstellung des Herdes nicht längs der Wand, sondern in den Küchenraum hinein, eine besondere Kochnische gebildet wird, deren Trennung vom Wohnteil der Küche der Architekt gelegentlich noch durch einen Mauervorsprung oder einen Deckenunterzug schärfer hervorhebt. In dieser Kochnische befindet sich der Ausgang nach der sogenannten Waschküche, dem Hauptwirtschaftsraum, in dem die Zubereitung des Viehfutters, mitunter wohl auch das Spülen des Küchengeschirres erfolgt. Für die Ausgestaltung dieses Raumes hat sich die Treuhandstelle den Grundsatz geschaffen, daß Stall und Waschküche zusammen die in den Bestimmungen des Reichsarbeitsministers enthaltene Höchstgrenze für den Stall — 25 Quadratmeter — nicht überschreiten sollen. Es hat sich dabei herausgestellt, daß selbst in den rein ländlichen Bezirken Braunschweigs die Bergarbeiter mit einem Stall von 10—12 qm zufrieden sind. Allgemein hat beim Einfamilienhaus die Waschküche einen Zugang zum Stall; wo das nicht der Fall ist und wo auch nicht ein überdeckter Vorplatz es der Frau ermöglicht, auch bei Regenwetter trockenen Fußes zu ihrem Viehzeug zu kommen, da wird das als Mangel empfunden. Die Anordnung von Stall und Waschküche ist in den verschiedenen Bezirken verschieden. Im Braunschweigischen, wo der Charakter der Gegend wesentlich ländlicher ist, ist fast durchweg beides unter dem gemeinsamen Dach, indem der Stall die eine Giebelseite einnimmt und der Raum darüber den Futterboden bildet. In den übrigen mehr industriellen Bezirken ist beim Reihenhaus der Stall hinten angebaut, meist so, daß die Ställe zweier benachbarter Grundstücke einen gemeinsamen First haben, sonst dient der Wechsel zwischen seitlichem und hinterem Anbau dazu, in das städtebauliche Bild den Reiz der Abwechselung hineinzubringen. In bezug auf die Keller schreibt die Treuhandstelle vor, daß stets nur ein Raum unterkellert werden soll. Widerspruch dagegen ist von den Bergleuten nicht laut geworden.

Für die Grundstücksgrößen hat sich die Treuhandstelle als Norm 800 qm gesetzt, damit der Bergmann den ganzen Gemüsebedarf der Familie darin selbst decken kann. Natürlich haben die Verhältnisse öfter zur Unterschreitung dieses Maßes gezwungen, in den ländlichen Gegenden ist man bis zum halben Morgen gegangen. Weiter wollte man grundsätzlich nicht, um nicht statt Bergarbeitern kleine Landwirte anzusiedeln.

Die Grundstücksgröße spielt bei der Miet- und Preisberechnung eine Rolle. Es werden nämlich für den Quadratmeter Wohnfläche 8 Mk., für den Quadratmeter Stallfläche 1 Mk. und für den Quadratmeter Grundfläche 0,25 Mk. Miete berechnet, wobei von der Gesamtfläche das bebaute Land und außerdem 200 qm Garten frei bleiben. Der Kaufpreis ergibt sich durch die Multiplikation mit 15. Auf dieser Grundlage kann durch den für das Gartenland angesetzten Mietpreis die Miete um ein Drittel erhöht werden.

Die Beschaffung des Landes stößt gelegentlich immer wieder auf Schwierigkeiten und ruft ins Gedächtnis zurück, daß in unserer Gesetzgebung noch erhebliche Lücken auszufüllen sind. Zwar hat die Verordnung zur Behebung der dringendsten Wohnungsnot vom 9. Dez. 1919 den Bezirkswohnungskommissaren das unbeschränkte Recht zur Enteignung gegeben. Sie haben auch die angemessene Entschädigung festzusetzen, wobei aber Wertsteigerungen, die auf außerordentliche Verhältnisse des Krieges zurückzuführen sind, nicht berücksichtigt werden dürfen. Bei den heutigen Preisen der landwirtschaftlichen Produkte ist eine Enteignung zum Friedenspreise eine schwere Schädigung des betreffenden Landwirtes. Zahlt man aber den wirklichen Wert, den das Land für den Besitzer hat, so wird der Boden für das Kleinhaus zu teuer. Da es sich hier aber um eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit handelt, daß die Landwirtschaft vor dem Bergbau zurückweicht, so muß unbedingt eine gesetzliche Grundlage dafür geschaffen werden, daß der Landwirt mit gleichwertigem Lande an anderer Stelle entschädigt werden kann. Die Träger einer dazu erforderlichen Bodenvorratswirtschaft sind unschwer in den provinziellen Siedlungsgesellschaften zu finden.

Im allgemeinen hat das Land noch in freihändigem Kaufe erworben werden können, wobei nach den Angaben des vorjährigen Rechenschaftsberichtes der Treuhandstelle Preise von 1,20 bis 1,70 Mk. in ländlichen Bezirken, 6 Mk. in der Stadt Borna und 10 Mk. in der Stadt Meuselwitz gezahlt wurden. Natürlich kaufte man, wo eine Erweiterung der Siedlung beabsichtigt war, gleich möglichst große Stücke. Handelt es sich doch teilweise um recht große Siedlungen, die da zustande kamen. Besonders im Geiseltal, bei Merseburg, das jetzt 15 000 Bergarbeiter beschäftigt, während vor dem Kriege dort nur Landwirtschaft war. So entstehen in Groß-Kayna etwa 300 Wohnungen, in Neumark 200, im Bezirk Weißenfels in Hohenmölsen 70, in Nonnewitz 150 Wohnungen, im Bezirk Meuselwitz in Posa 80, in Falkenhain 64, in Zipsendorf 62 Wohnungen, in Borna selbst zwei recht umfangreiche Siedlungen. Aber die bedeutendste Aufgabe ist doch der Wiederaufbau des seit dem dreißigjährigen Kriege verschwundenen Dorfes Biendorf, das unter dem Namen Neu-Biendorf jetzt seine Wiederkunft erlebt. Am oberen Ende des Geiseltales bei Mücheln ist es gelegen; man hat die dazu benötigten Grundflächen ausgemeindet und hier sind bereits über 200 Wohnungen entstanden, weitere hunderte sollen folgen. Hier muß nun auch die Treuhandstelle für 2 Millionen Mark eine eigene Schule für 460 Schüler errichten, deren Bau in Kürze beginnt. Sie wird modern eingerichtet und erhält z. B. im Keller Brause- und Wannenbäder, die der ganzen Siedlung zugute kommen. Der Bau der Siedlung ist von zwei Seiten aus in Angriff genommen worden, der Architekt der einen Seite hat die Reihenhäuser in Gruppen zu vier und sechs bevorzugt, der der andern das Doppelhaus. So wird man, wenn das Werk vollendet ist, die städtebaulichen Wirkungen beider gut vergleichen können, und der Bergarbeiter, der mitunter im Reihenhaus das Einfamilienhaus nicht anerkennen will, wird einsehen lernen, daß außer den wirtschaftlichen Vorzügen der besseren Wärmehaltung und billigeren Instandhaltung das Reihenhaus im Städtebild eine ruhigere, befriedigendere Wirkung hervorruft, als das so beliebte Doppelhaus, wenn es fast ausschließlich verwendet wird.

Von besonderen Einzelheiten sei noch erwähnt, daß in Untermolbitz im Meuselwitzer Bezirk die Treuhandstelle für ihre 28 Siedler einen Backofen bauen muß, damit sie sich mit Brot versorgen können.

Die Finanzierung der Bauten geht so vor sich, daß die Bauherren — Gesellschaften und Genossenschaften — für den rentierlichen Wert aufzukommen haben, indem sie das Hypothekenkapital, das etwa 80 Prozent davon beträgt, besorgen, während die letzten 20 Prozent möglichst der Siedler selbst beisteuert. Die Treuhandstelle liefert den verlorenen Zuschuß, der vorderhand mit 75 000 Mk. für die Wohnung angenommen und bei der Abrechnung endgültig festgesetzt wird.

Alfred Thimm.

Kameraden des Ruhrreviers!

Dienstag, den 2. August, findet auf allen Zechen einschl. des Bezirks Mörs die Wahl der Beisitzer für die

Arbeitskammer

statt. – Jeder 20-Jährige besitzt das Wahlrecht!

Wählt Liste Nr. 2 der fr. Gewerkschaften!

Gesetzgebung und Verwaltung.

Lohnausfall der Schöffen.

Ein Urteil des Berggewerbegerichts Dortmund, Spruchkammer Essen III, welches für Kameraden, die als Schöffen zu fungieren berufen sind, beachtenswert erscheint, ist am 22. Juni d. J. gefällt worden.

Tatbestand und Entscheidungsgründe.

Der Kläger arbeitet auf der Schachtanlage Prosper III und ist in seiner Eigenschaft als Schöffe beim Amtsgericht Bottrop dort am 26. April 1921 einberufen gewesen, wodurch ihm auf der Zeche 68,50 Mk. Lohnausfall entstanden sind, den die Beklagte nach der Klageschrift vom 3. Juni 1921 verweigert. Die Zeche hat in der Klagebeantwortung vom 10. Juni zwar grundsätzlich ihre Bereitwilligkeit zum Ersatz des entgangenen Arbeitsverdienstes erklärt, macht die Zahlung aber davon abhängig, daß nach § 13 Abs. 2 der Arbeitsordnung die etwa anderweitig gewährten Entschädigungen für Lohnausfall angerechnet werden. Sie habe dem Kläger aufgegeben, eine Bescheinigung über die Höhe des vom Gericht gezahlten Betrages beizubringen, was der Kläger mit dem Bemerken ablehnt, er habe zwar aus der Gerichtskasse 20 Mk. bekommen, das sei aber keine Entschädigung für Lohnausfall und er habe nicht nötig, darüber eine Bescheinigung vorzulegen. Die den Schöffen für jeden Tag der Dienstleistung, abgesehen von den Reisekosten, zustehende Entschädigung (gegenwärtig 20 Mk.) ist im Gesetze als „Tagegelder" bezeichnet (vergl. Reichsgesetz vom 29. 7. 1913, Reichsgesetzblatt Seite 617). Diese Tagegelder werden gezahlt, gleichviel, ob ein Lohn- oder sonstiger Ausfall vorliegt. Sie dürfen von dem Schöffen nicht zurückgewiesen werden. Mit Rücksicht hierauf schließt sich das Gericht der Auffassung des Klägers an, daß es sich nicht um eine Entschädigung für Lohnausfall handelt. K. hat daher Anspruch auf Auszahlung des vollen Schichtverdienstes von 68,50 Mk. Will die Beklagte gemäß § 13 Abs. 2 der Arbeitsordnung dem Kläger etwa anderweitig gewährte Entschädigungen für Lohnausfall anrechnen, so ist die Beklagte beweispflichtig, nicht der Kläger.

Die Entschädigung hinsichtlich der Kosten gründet sich auf § 91 der Zivilprozeßordnung.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Deutschlands Kohlenbergbau.

Die Mitteilungen über die Förderergebnisse im Juni lassen meistens eine Besserung gegen den Vormonat erkennen. Oberschlesien scheidet wegen des dortigen Kriegszustandes noch aus. In Niederschlesien hat der achttägige Lohnstreik die Förderung beeinträchtigt. Folgende Hauptziffern gestatten zum Teil auch einen Vergleich mit der Vorkriegszeit (in Tonnen):

	Juni 1921	Juni 1920	Juni 1913
Steinkohlen:			
Niederschlesien	294 307	365 716	475 206
Sachsen	382 763	—	415 346
Wurmgebiet	181 762	—	270 424
Ruhrgebiet	7 753 350	7 454 018	9 586 385
Braunkohlen:			
Mitteldeutschland	6 932 820	6 722 891	—
Rheinischer Bezirk	2 543 574	2 242 600	—

Im bayerischen Bergbau wurden im Juni 84 329 Tonnen Braunkohle, 74 604 Pechkohle, 6078 Steinkohle gewonnen, das sind zusammen ca. 13 000 Tonnen mehr als im Vormonat (die Ziffern für das rheinische Braunkohlenrevier betreffen erst den Monat Mai).

Wie sich im Ruhrkohlengebiet die neuesten Fördermengen zu den früheren verhalten, ergibt sich aus nachstehenden Tabellen:

Gesamtförderung (in Tonnen):

	1913	1918	1920	1921
Januar	9 786 005	8 629 109	6 688 105	8 072 912
Februar	9 194 112	8 017 128	6 876 270	8 174 606
März	9 181 430	8 469 386	6 397 687	7 685 185
April	9 969 369	8 289 161	6 511 547	7 894 985
Mai	9 261 448	8 327 632	7 092 251	6 954 607
Juni	9 586 385	8 404 354	7 454 018	7 753 350
1. Halbjahr	56 978 949	50 136 770	41 019 878	46 635 645
Juli	10 150 347	8 394 388	7 564 168	—
August	9 795 236	8 789 631	7 484 851	—
September	9 696 397	8 170 489	7 801 086	—
Oktober	10 156 077	8 457 360	8 117 178	—
November	8 932 276	6 255 596	8 021 711	—
Dezember	9 101 858	5 773 060	8 236 267	—
Ganzes Jahr	114 550 153	95 977 234	86 255 780	—

Arbeitstägliche Förderung (in Tonnen):

	1913	1918	1920	1921
Januar	389 493	331 899	264 875	332 904
Februar	383 088	334 047	286 511	340 609
März	382 560	338 775	236 951	307 407
April	388 448	331 566	271 314	303 653
Mai	381 915	343 408	305 043	299 123
Juni	388 455	346 571	304 246	307 063
1. Halbjahr	384 020	337 521	277 161	—
Juli	375 939	310 903	280 154	—
August	376 740	325 542	287 279	—
September	372 938	326 820	300 042	—
Oktober	376 151	313 236	312 199	—
November	386 261	260 650	331 205	—
Dezember	377 279	240 544	326 189	—
Ganzes Jahr	379 840	317 280	291 755	—

Die letzte Junförderung ist also total und auch arbeitstäglich höher als die des Vormonats und arbeitstäglich fast so hoch wie im März, als noch teilweise das Ueberschichtenabkommen galt. Allerdings sind wir noch weit hinter den Tagesförderungen im 1. Halbjahr 1918 und denen von 1913 zurück. Indessen sehen wir auch, daß bereits im 1. Halbjahr 1918, also vor dem politischen Umschwung, die Förderung über 6½ Tonnen niedriger war als gleichzeitig 1913. Im 1. Halbjahr 1921 ist die Förderung wieder um 5½ Mill. To. höher als gleichzeitig 1920.

Von einer Kohlennot ähnlich wie 1919 kann heute nicht mehr geredet werden. Im Braunkohlenbergbau ist sogar teilweise schon wieder Absatzmangel eingetreten; es werden deshalb Feierschichten gemacht. Auch im Steinkohlenbergbau leiden Zechen mit minderwertiger Kohlenförderung unter Absatzmangel. Diverse kleine Pütts im Hannoverschen sind schon stillgelegt, auch im Ruhrtal kämpfen manche der kleinen Zechen, die in der Zeit der stärksten Kohlennot in Gang kamen, unter Absatzschwierigkeiten. Stellenweise muß auch schon Koksüberfluß eingetreten sein; verlautet doch, daß die große Fett- und Gaskohlenzeche Concordia bei Oberhausen etwa 500 Koksarbeitern kündigen will. Natürlich ist kein absoluter Kohlen- und Koksüberfluß vorhanden. Die Absatzschwierigkeiten schreiben sich her aus dem allgemeinen Niedergang der Volks- und Weltwirtschaft. Die Eisen- und Stahlindustrie krankt überall an dem Mangel an Nachfrage. Die Mehrzahl der Hochöfen liegt still, Feierschichten sind an der Tagesordnung. Darum ist der Kohlen- und Koksverbrauch enorm gesunken, so daß eine rege Nachfrage nur noch bei den besten Kohlensorten besteht, von denen wir bekanntlich monatlich 2 Millionen Tonnen an die Entente abgeben müssen. Ob die neuesten Nachrichten über eine Besserung der Wirtschaftslage einen allgemeinen Konjunkturaufstieg ankündigen, bleibt abzuwarten.

Arbeitslosigkeit in der Kaliindustrie.

Der Kaliabsatz hat im Juni nur 250 000 Dz. Reinkali betragen. Die Lager liegen voll trotz großer Betriebseinschränkungen. In der Sitzung des Ausschusses für allgemeine Düngerangelegenheiten im preußischen Landwirtschaftsministerium am 1. Juli berichtete Syndikatsdirektor Forthmann, der Absatz an die deutsche Landwirtschaft habe Januar—Juni 1921 nur 3 118 500 Doppelzentner Reinkali betragen, gegen 4 122 126 in der gleichen Zeit des Vorjahres. Die Kohlenversorgung und Wagengestellung habe „in den letzten Monaten nichts zu wünschen übrig" gelassen. Die Verbraucher „streiken" zum Teil wegen der hohen Kalipreise, während die Kaliverkäufer noch höhere Preise verlangen in der so oft getäuschten Hoffnung, die Werksrentabilität durch Preissteigerungen zu sichern. Wodurch die schwere Erkrankung der Kaliindustrie herbeigeführt wurde, ist oft genug an dieser Stelle dargelegt worden. Wie die Arbeitslosigkeit in der Kaliindustrie schon bis zum 1. April d. J. um sich griff, zeigt folgende Aufstellung der Belegschaftszahlen:

	Hannover	Staßfurt	Staßfurt chem. Fabr.	Halle, Mansfeld	Aschersl.	Südharz	Werra	Insgesamt
Belegschaft am 1. Oktober 1920	21 282	11 700	788	7 579	9 362	7 844		58 555
Bis 1. April 21 freiwill. abgek.	4 268	1 679	96	2 132	1 225	735		10 130
durch Betriebseinschränk. entl.	1 252	587	—	985	418	1 631		4 873
Neueinstellung.	2 702	996	114	1 413	440	683		6 298
Belegschaft am 1. April 1921	18 469	10 480	806	5 875	8 159	6 111		49 850

Bemerken müssen wir hierzu, daß seit dem 1. April 1921 noch ganz erhebliche Entlassungen stattgefunden haben und daß die Gesamtzahl der in der Kaliindustrie beschäftigten Arbeiter zurzeit 45 000 kaum übersteigen dürfte. Die jetzt noch auf den Werken beschäftigten Arbeiter leisten um größten Teil nur Kurzarbeit, denn die meisten Werke haben infolge der Krise wöchentlich drei Feierschichten eingelegt, und die Not der Kaliarbeiter ist dadurch ins Unermeßliche gestiegen. Wenn es sich um eine sozialisierte Industrie handelte, wie würden die privatkapitalistischen Trompeter tuten von einem „Fehlschlag der Sozialisierung". Nun aber...

Herabsetzung der Eisenerzpreise.

Die Zechenbesitzer im Lahn- und Dillgebiet haben die Tonnenpreise für 45prozentigen Eisenstein von 238 auf 214,20 Mk., für 40prozentigen von 173 auf 147,05 Mk. ab Grube herabgesetzt. Auch die Zechenbesitzer im Siegerland setzten die Erzpreise um 30 Mk. pro Tonne ab Grube herab. Dadurch soll ein besserer Absatz erreicht werden, weil die Hüttenbesitzer erklären, die Lahn-, Dill- und Siegerze stünden im Vergleich zu den massenhaft angebotenen Auslandserzen (Frankreich, Luxemburg, Schweden, Spanien usw.) zu hoch. Die Vertretung unseres Verbandes im Bezirk Gießen-Wetzlar-Siegen gibt sich schon seit Monaten die größte Mühe, die zuständigen Behörden zu veranlassen, für eine regelmäßige Verhüttung der Eisenerzförderung Sorge zu tragen. Eine Reihe von Zechen liegt bereits still, auf den Halden lagern große Haufen Eisenerze. Diese planlose Wirtschaft nutzt nur einzelnen kapitalistischen Großfirmen, führt zum Ruin unseres wichtigsten Eisenerzgebiets.

Der internationale Kohlenmarkt

steht im allgemeinen noch immer unter dem Druck einer so starken Flaue, daß selbst der fast dreimonatige Generalstreik der britischen Bergleute und der Ausfall der oberschlesischen Förderung von den Kohlenverbrauchern nicht als unerträglich empfunden wurde. Das ist der deutlichste Beweis für die schwere Erkrankung der Weltwirtschaft, eine Kriegsfolge. Die Weltproduktion an Steinkohlen hat zwar 1920 wieder rund 1300 Millionen Tonnen erreicht (1919: 1158, 1913: 1342), aber der Förderausfall 1920 in den europäischen Hauptländern war gegen 1913 noch ein enormer. Nur die starke Mehrförderung in Amerika und Asien brachte die Weltproduktion letztjährig wieder auf die genannte Höhe. Es betrug die Förderung (in Millionen Tonnen):

	1913	1919	1920
Großbritannien	292,0	233,4	232,9
Deutschland (mit Saargebiet)	190,1	116,6	140,7
Frankreich	40,0	21,8	24,3
Belgien	22,8	18,4	22,4
Rußland (einschl. Braunkohle)	35,9	7,23	6,13
Holland	1,87	3,40	3,94
Tschechien	14,57	10,38	11,13
Vereinigte Staaten von Nordamerika	516,0	483,5	585,5
Asien	55,8	—	75,8

Belgien ist das einzige am Weltkrieg unmittelbar beteiligte Land, wo 1920 die Förderziffer von 1913 fast erreicht wurde. Der Absatz dieser Förderung wurde aber schon 1920 schwierig, im Jahre 1921 ließ die Nachfrage derart nach, daß Feierschichten eingelegt werden mußten. Nach vorstehender Statistik förderten 1920 Großbritannien, Deutschland und Frankreich zusammen rund 128 Millionen Tonnen weniger wie 1913. Trotzdem trat schon gegen Ende 1920 immer stärker ein Ueberangebot auf dem internationalen Kohlenmarkt ein. Der Krieg und dann die gewaltpolitischen Geist atmenden „Friedensverträge" brachten die Weltwirtschaft in eine unerhörte Unordnung. Mit brutaler Faust wurden die natürlichen Wirtschaftsbeziehungen der Völker zerrissen, nicht lebensfähige Staatengebilde auf fortwährend schwankendem Boden errichtet. Der Geldwert fiel, die internationale Preistreiberei stellte alle Wertverhältnisse auf den Kopf. In dieser Hinsicht ist sehr lehrreich eine internationale Kohlenpreistabelle, veröffentlicht vom deutschen Statistischen Reichsamt in seiner Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik". Danach haben sich die Tonnenpreise wie folgt entwickelt (für Deutschland ist rheinisch-westfälische Fettkohle Nuß 1—3 zum Vergleich benutzt):

		Deutschland Pap.-Mk. je Tonne	England sh je Ton (1016 kg.)	Frankreich Frs. je Tonne	Belgien Frs. je Tonne	Holland Fl. je Tonne	Ver. Staat Dollar (1000 kg.)
1913		14,25	12,05	31	16,56	10,92	1,30
1920	Januar	117,70	34,58	250	—	39,39	2,76
„	Februar	179,10	34,58	250	96,50	39,39	2,76
„	März	201,30	34,58	250	—	43,26	2,76
„	April	230,90	36,61	280	107	48,26	4,18
„	Mai	238	36,61	230	107	45,84	5,41
„	Juni	238	36,61	230	107	45,84	9,35
„	Juli	238	39,59	210	117	52,95	11,81
„	August	238	39,59	210	117	52,95	11,81
„	September	238	39,59	205	117	52,95	10,56
„	Oktober	238	40	213	117	52,95	10,58
„	November	238	40	225	117	52,95	5,24
„	Dezember	238	40	190	117	44,25	3,03
1921	Januar	238	34,54	80	117	37,50	2,97
„	Februar	238	32,78	97,30	117	25	2,76
„	März	238	32,09	81	105,30	—	3,03
„	April	273,10	32,09	86	105,30	—	3,31
„	Mai	273,10	32,09	—	105,30	—	2,20

Deutschland hat die weitaus stärkste Kohlenpreiserhöhung hinter sich. Am Stande des Jahres 1913 gemessen, hatten sich die Preise bis Frühjahr 1921 erhöht in Deutschland um das neunzehn- bis zwanzigfache, in Belgien um das sechsfache, in Frankreich um das vier- bis fünffache, in England, Holland und den Vereinigten Staaten von Nordamerika um das zwei- bis dreifache. Während im Auslande die Preise schon teilweise gegen Ende 1920 herabgingen, folgten in Deutschland auch 1921 noch weitere Erhöhungen. Sie wären noch stärker geworden, wenn die Arbeiter- und manchmal auch die Regierungsvertreter nicht Einspruch erhoben hätten. Rechnet man die In- und Auslandspreise in Papiermark um, so ergeben sich diese Tonnenpreise:

	April 1920	April 1921
Deutschland	230,90	273,10
England	424,12	393,90
Frankreich	351,28	395,30
Belgien	424,01	496,99
Holland	957,69	551,68
Schweiz	1720,61	685,58
Vereinigte Staaten	249,30	210,28

Daraus ist auch die kolossale Entwertung der deutschen Mark klar ersichtlich. Selbst noch im April 1921, nachdem die Kohlenpreise im Auslande meist kolossal gesunken waren, stand der deutsche Kohlenpreis, „dank" der Markentwertung, immer noch über 120 Papiermark niedriger als der englische. Nur der amerikanische steht tiefer, aber dieser Preis gilt im Gewinnungsland. Frei Hamburg kostete noch im Mai d. J. amerikanische Kohle 825 Papiermark! Würde sich plötzlich die deutsche Valuta dem Friedenspreis annähern, dann wären die deutschen Industrieprodukte absolut konkurrenzunfähig auf dem Weltmarkt. Ja, wir haben es herrlich weit gebracht durch den glorreichen Militarismus!

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Fritz Schrader †.

Eine Trauerkunde: Fritz Schrader, der langjährige Vorsitzende des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandten Berufsgenossen Deutschlands, ist am 15. Juli im Barmbecker Krankenhause im Alter von 63 Jahren einem schweren Siechtum erlegen. Seit Anfang dieses Jahres hatte er seine Tätigkeit einstellen und im Februar sich ins Krankenhaus begeben müssen, das er lebend nicht mehr verlassen sollte. Fritz Schrader war Vorsitzender des Zimmererverbandes seit 1890. Unter seiner Leitung ist der Zimmererverband zu einer der stärksten Berufsorganisationen geworden, an dessen innerer und äußerer Entwicklung er hervorragenden Anteil hat. Auch um die internationale Zimmererbewegung, deren Sekretär er seit 1903 war, hat sich Fritz Schrader Verdienste erworben. Auf allen gewerkschaftlichen Tagungen, auf den deutschen und teils auch auf internationalen Gewerkschaftskongressen ist Fritz Schrader vertreten gewesen, hat er mitgewirkt und mitgearbeitet zum Gelingen des Ganzen. Er war Mitglied des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates seit Schaffung dieser Einrichtung, und er gehörte seit 1911 als Mitglied der Hamburger Bürgerschaft an. Fritz Schraders Tod trifft nicht nur den Zimmererverband sehr schwer, er trifft auch die gesamte Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung.

Professor Dr. Franz Hitze †.

Im Alter von 71 Jahren starb in Nauheim, wo er Heilung von einem Herzleiden suchte, der älteste und hervorragendste Sozialpolitiker der Zentrumspartei, Universitätsprofessor Prälat Dr. Franz Hitze. Unter den neuzeitlichen bürgerlichen Sozialpolitikern stand der Verstorbene mit an erster Stelle. Sein Name ist unlösbar verknüpft mit der Entwicklung der deutschen Arbeiterschutz- und -Versicherungsgesetzgebung, an deren Ausgestaltung er einflußreich mitgearbeitet hat. Oft mußte er dabei als Vertreter konservativer staats- und wirtschaftspolitischer Auffassungen in Gegensatz zu den Vertretern der modernen Arbeiterbewegung kommen, oft kam es zu scharfen Auseinandersetzungen. Aber der Verstorbene gehörte doch unter den bürgerlichen Sozialreformern zu den fortschrittsfreundlichsten. Das sichert ihm ein gutes Andenken auch in der freigewerkschaftlichen Arbeiterbewegung. Als junger Kaplan hat Hitze in Würzburg sozialpolitische Vorträge gehalten, die sich durch eine sachliche Würdigung des Sozialismus auszeichneten. Er war auch einer der Väter des Volksvereins für das katholische Deutschland und beeinflußte stark die Bildung der christlichen Gewerkvereine. Unter den ersten Ehrenratsmitgliedern des christlichen Gewerkvereins der Bergleute befand sich auch Dr. Franz Hitze.

Ausbreitung der Tarifverträge.

Vom Reichsamt für Arbeitsvermittlung werden zum ersten Male genaue Angaben über die Ausbreitung des Tarifgedankens veröffentlicht. Danach sind bis Ende 1919 rund 6 Millionen erwerbstätige Personen, gegen nur etwa 1½ Millionen vor dem Kriege, durch Tarifverträge erfaßt worden. Reichstarife wurden bis Ende 1920 im ganzen 116 abgeschlossen. Dort, wo Reichstarife noch nicht zur Durchführung kommen konnten, wurden umfassende Bezirkstarife abgeschlossen. Bis Ende 1920 wurden vom Reichsarbeitsministerium 990 Bezirkstarife für allgemein verbindlich erklärt. Das 23. Sonderheft zum Reichsarbeitsblatt: „Die Tarifverträge im Deutschen Reiche am Ende des Jahres 1919" mit dem Anhang: „Die Reichstarifverträge bis Ende 1920" (Verlag R. Hobbing, Berlin) enthält weitere Einzelheiten.

Töpferverband im Jahre 1920.

Die Mitgliederzahl des Töpferverbandes betrug am Jahresschluß 1919 10 743, stieg im Geschäftsjahr 1920 weiter auf 11 883 im 2. Vierteljahr und senkte sich dann nach Eintritt der Krise, die viele Ofensetzer und Ofenformer in andere Berufe drängte, auf 11 368 Mitglieder am Jahresschluß. Zu beachten ist bei diesen Zahlen, daß die übergroße Mehrheit der Töpfer und Berufsgenossen organisiert ist und ein erheblicher Mitgliederzuwachs nur dann zu erwarten wäre, wenn die Bautätigkeit einen befriedigenden Stand erreichte und dadurch die in anderen Gewerben beschäftigten Töpfer wieder dem erlernten Beruf nachgehen könnten. Die Beitragserhöhung, die am 1. November v. J. in Kraft trat, war in der Lage, die Mehrausgabe von rund 140 000 Mk., die bei Abhaltung des Verbandstages vorhanden war, beinahe noch im gleichen Jahre wieder auszugleichen. Der Kassenabschluß zeigt eine Gesamteinnahme von 1 052 053,36 Mk., der eine Gesamtausgabe von 1 073 951,33 Mk. gegenübersteht. Das Jahr schließt ab mit einem Verbandsvermögen von 309 453,83 Mk. Als größere Ausgabeposten seien erwähnt die Streikunterstützung mit 156 028,89 Mk., die Arbeitslosenunterstützung mit 115 299,37 Mk., die Krankenunterstützung mit 84 188,40 Mark, das Fachorgan mit 154 973 Mk., persönliche Verwaltungsausgaben mit 91 482,82 Mk.

Internationale Rundschau.

Aus Elsaß-Lothringen.

Am 7. August wird in Zabern ein Kongreß des oberelsässischen und des lothringischen Bergarbeiterverbandes stattfinden, wo man es zur Verschmelzung der beiden Vereine zu bringen hofft. Wir wünschen besten Erfolg. In die heutige Zeit der zentralen kapitalistischen Vereinigungen passen keine lokalen oder regionalen Organisationen der Arbeiter hinein. Man muß möglichst umfassende Zentralverbände schaffen und kann innerhalb derselben den Bezirken oder Distrikten doch einen großen Spielraum selbständiger Betätigung lassen. Aber die alle Berufsgenossen gemeinsam berührenden Fragen müssen einer einheitlichen Regelung unterliegen. Die in der elsaß-lothringischen Bergarbeiterzeitung veröffentlichten Anträge zum Verschmelzungskongreß lassen erkennen, daß unsere elsaß-lothringischen Kameraden darauf bedacht sind, auch die Unterstützungseinrichtungen des geplanten Verbandes zeitgemäß auszubauen. Es soll auch beschlossen werden, daß Streikunterstützung nur bezahlt wird, wenn der Verbandsvorstand den Streik genehmigt. Den wilden Streiks der im Moskauer Banne stehenden „Stoßtrupps" soll also der Verband entgegentreten. Diese vernünftige Vorbeugung disziplinloser Kraftvergeudung ist um so beachtenswerter, weil bekanntlich unter unseren elsaß-lothringischen Kameraden die Anhänger Moskaus starken Einfluß haben. Die Delegierten der elsaß-lothringischen Bergarbeitersyndikate haben auf dem allgemeinen französischen Gewerkschaftskongreß (Herbst 1920) und auf dem Nationalkongreß der französischen Bergleute (Mai 1921) mit für die Programmresolutionen der moskowitisch orientierten Minderheiten gestimmt. Die neueste Nummer ihres Organs, „Le Travailleur du Sous-Sol", bringt es noch fertig, es den „Amsterdamern" als Schuld anzukreiden, daß sich unter den Führern des Polenaufstandes in Oberschlesien auch ein Mitglied des Internationalen Bergarbeiterkomitees (Rymer) befindet. Zunächst ist dieses Komitee den „Amsterdamern" nicht unterstellt. Beispielsweise in die britische Minersfederation weder an „Amsterdam" noch an „Moskau" angeschlossen. Sodann ist bekanntlich eine Kommission der „Amsterdamer" unter Führung von Jouhaux und Timmen in Oberschlesien für die Einstellung des Kampfes, für die Verständigung der Deutschen und Polen eingetreten. Dagegen wissen wir, daß die Machthaber in Sowjetrußland und in der Dritten Internationale keineswegs auf militaristische Gewaltmittel verzichten, sondern mit ihnen imperialistische Ziele verfolgen, wie die westeuropäischen Militaristen. „Amsterdam" wirkt für den Völkerfrieden. Das hat noch kürzlich das tapfere Eintreten des Kameraden Jouhaux im Ausschuß des „Völkerbundes" für die allgemeine Abrüstung bewiesen. Es ist also ein schweres Unrecht des Organs unserer elsaß-lothringischen Kameraden, die „Amsterdamer" für die gewalttätigen Ausschreitungen polnischer Nationalisten verantwortlich zu machen. Solche Unterstellungen dienen nicht der Vertiefung der internationalen Arbeitersolidarität.

Der oberelsässische Bergarbeiterverband hatte am 1. Juli 1920 insgesamt 4278 Mitglieder, am 1. Juli 1921 waren es 5402. Er hat schwer zu kämpfen mit dem Unternehmertum, das die dortige Kaliindustrie beherrscht. Wer etwa geglaubt hat, unter dem französischen Kapitalismus seien die Arbeiterrechte besser daran wie unter dem deutschen, der mag nur das elsässische Bergarbeiterorgan studieren. Die Kaliherren wollten eine fünfzehnprozentige Lohnkürzung vornehmen. Die Arbeiter protestierten, es war eine sehr kritische Lage geschaffen. Schließlich kam es zu einem Vergleich. Danach trat ab 15. Juli eine fünfprozentige Lohnkürzung ein, ab 15. September sollen nochmals 15 Prozent reduziert werden. Dazu werden bis auf weiteres monatlich sieben Feierschichten eingelegt, weil der Kaliabsatz stark verringert ist. Also auch die Hoffnung der „Sieger" auf eine wirtschaftliche Hochkonjunktur ist zuschanden geworden. Ueberall sind die Arbeiter die Leidtragenden. Zum Ueberfluß hat sich in Elsaß-Lothringen auch ein „christlicher Bergarbeiterverband" aufgetan, der sich aber zur Abwechselung „unabhängig" nennt. Natürlich sind die Bergwerksunternehmer in einer Organisation zusammengeschlossen.

Ueber die Wirtschaftskrise in Großbritannien

bringt die „Labour Gazette" (Juliheft, Organ des Arbeitsamtes) recht beherzigenswerte Angaben, die wieder beweisen, daß der Weltkrieg keinem der beteiligten Völker Nutzen gebracht hat. Ende Juni waren 23,1 Prozent der Mitglieder der berichtenden Gewerkschaften arbeitslos. Nie zuvor herrschte eine so große Arbeitslosigkeit. Die Zahl der ganz Arbeitslosen betrug am 24. Juni 2 178 000, davon waren 478 000 weibliche. Von Lohnreduktionen wurden im Juni 1 060 000 Arbeiter und Arbeiterinnen betroffen. Im 1. Halbjahr 1921 wurden für 351 000 Arbeiter die Löhne um insgesamt 82 800 Pfund Sterling (Pfund Sterling = 20 Schilling = 20 Mark Friedenskurs) erhöht, aber 4 324 000 Arbeitern wurden die Löhne um insgesamt 1 768 500 Pfund Sterling reduziert.

Lohnabbau in Schweden.

Schon Ende Februar erklärte Herr v. Sydow, der Führer des schwedischen Arbeitgeberverbandes, daß die Zahl der bei den Mitgliedern dieser Organisation beschäftigten Arbeiter, die zu herabgesetzten Löhnen arbeiten, bereits rund 60 000 betrage. Die Lohnkürzung betrage durchschnittlich 20 Prozent. Die Hälfte der betroffenen Arbeiter gehört zur Metallindustrie. Die Forderungen der Arbeitergewerkschaft hätten nicht einmal zu richtigen Verhandlungen geführt. Trotzdem seien alle Unternehmen in Betrieb, und zwar zu Löhnen, die von den Arbeitgebern festgesetzt wurden. Statt der normal beschäftigten 40 000 Arbeiter seien allerdings zurzeit nur 20 000 beschäftigt, und auch von diesen müßten viele infolge der Krise zwei bis drei Tage in der Woche aussetzen. Die Lage sei nur in der Bekleidungsindustrie kritisch, weil deren Arbeiter sich entschieden gegen jeden Lohnabbau zur Wehr setzen. Auch die rund 20 000 Arbeiter der Sägemühlen hätten Lohnherabsetzungen erlitten.

Die italienischen Gewerkschaften

zählten vor dem Kriege 320 000 Mitglieder. Im Jahre 1919 betrug die Zahl 1 150 000. Zurzeit beläuft sich die Mitgliederzahl auf etwa 2 200 000. Auch das italienische Wirtschaftsleben wird von einer schweren Krise heimgesucht. Betriebseinstellungen, Betriebseinschränkungen, Lohnkürzungen und Arbeiterentlassungen sind an der Tagesordnung. Italien gehört bekanntlich auch zu den „Siegern". Der Krieg hat „Siegern" und „Besiegten" ungeheures Elend gebracht.

Das gelobte Land.

Mord und Mißhandlung, Hunger und tausendfältige Entbehrungen, stets mehr überfüllte Gefängnisse, ein Spionagesystem, unter dessen Zwang niemand die Freiheit hat, seine Meinung zu sagen — das ist das wahre Gesicht der kommunistischen Herrschaft in Rußland. Dieses schändliche Treiben entvölkert die Städte und lähmt die Industrie; es wird verborgen in den dichten Wolken der Pressebericht an die ausländischen Blätter, aus denen sich Platzregen von Beschimpfungen auf die Sozialdemokratie und die Anhänger der unabhängigen Gewerkschaften ergießen, als wären sie der Vorspann der Bourgeoisie und Befürworter des weißen Schreckens. Diese Heuchelei entlarvt ein Aufruf der russischen Sozialrevolutionäre, der alle sozialistischen Parteien und alle Gewerkschaften zu gemeinsamem Protest gegen den roten Terror vereinigen soll. Wir entnehmen ihm folgende Tatsachen:

„Die Führer der kommunistischen Partei versprachen feierlich, die Unterdrückung der Sozialisten zu mildern oder von ihr Abstand zu nehmen, sobald der Friede gesichert sei. Wir wußten, daß das nur eine Heuchelei war. Die letzten Ereignisse haben unsere Voraussicht bestätigt. Als die breiten Volksmassen nach Abwehr der Angriffe der inneren und der äußeren Reaktion von der kommunistischen Partei eine radikale Aenderung der inneren Politik forderten, hat die kommunistische Partei durch Anwendung aller Machtmittel des Staates sich bemüht, die Sozialdemokratie in Fesseln zu schlagen.

Hunderte und Tausende von Sozialisten und Anarchisten wurden in den Städten und Dörfern der Republik verhaftet, in Gefängnisse geworfen und in Konzentrationslager gebracht, nur weil sie Sozialisten und Anarchisten waren. Monatelang blieben sie in Haft, ohne daß man gegen sie irgendeine Anklage erhoben hätte. Unerhörte Ausschreitungen wurden gegen die Gefangenen begangen; die Sozialisten waren blutigen Gewalttaten ausgesetzt.

In der Nacht vom 25. zum 26. April haben Abteilungen der außerordentlichen Kommission aus einem Moskauer Gefängnis Sozialrevolutionäre, Sozialdemokraten und Anarchisten herausgeholt, auch Frachtautos verladen und von verschiedenen Bahnhöfen aus in die Gefängnisse nach Jaroslau, Wladimir, Orel usw. verschleppt. Die Sozialisten wollten von den Tschekisten den Grund ihres Abtransportes und das Ziel ihrer Bestimmung erfahren. Man antwortete ihnen mit rohen Beleidigungen, Stockschlägen und unglaublichen Brutalitäten. Diejenigen, die zögerten sich anzukleiden, wurden mit Gewalt halb angekleidet auf den Hof geschleppt, darunter Frauen. Ihr Gepäck wurde von den Gefängniswärtern geplündert. Viele Gefangene wurden blutig geschlagen; ein Menschewist erlitt einen Schädelbruch.

Vierhundert Sozialisten und Anarchisten, die unter der Zarenherrschaft Gefängnis, Deportation und Zwangsarbeit kennen gelernt hatten, sind mittellos in den kommunistischen Zuchthäusern dem Hunger preisgegeben. Die Gewalttaten, die in den finsteren Tagen des Zarentums gegen Sozialisten begangen wurden, erreichen an Rohheit nicht diese Vorgänge, die sich in der Nacht vom 25. zum 26. April 1921 im Gefängnis Butyrki in Moskau, der Hauptstadt der „sozialistischen" Republik, der Residenz der „kommunistischen" Internationale, abgespielt haben."

Dies ist das Land der Freiheit, dies ist das gelobte Land der „Revolutionäre": die angeblich sozialistische Sowjetrepublik. Das ist die Gedankenfreiheit, die Freiheit der Rede, für die Tausende von Arbeitern ihr Leben hingegeben haben. Sind die Agenten der russischen Sowjetrepublik um ein Haar besser als die Inquisitoren, die ehemals die katholische Kirche aussandte, um Jagd nach Ketzern zu machen?

Russische Gewerkschaften und bolschewistische Diktatur.

Der „Sozialistische Bote", das Berliner Organ der Auslandsdelegation der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands, erfährt von seinem Moskauer Korrespondenten über die kommunistische Methode, die Einheit der Gewerkschaften mit der kommunistischen Partei auf dem allrussischen Gewerkschaftskongreß im Mai herzustellen, interessante Intimitäten. Vor der offiziellen Eröffnung fand eine Sitzung der bolschewistischen Fraktion des Kongresses statt. Dort erstattete der Zentralrat der Gewerkschaften seinen Bericht. Tomski erklärte, der Zentralrat der Gewerkschaften sei überflüssig und untätig, da „das Zentralkomitee der kommunistischen Partei ihm nicht die Möglichkeit gegeben habe, zu arbeiten, indem es ihn durch seine Befehle unterdrücke". Dieses Eingeständnis, daß die Führer der russischen Gewerkschaftsbewegung nur Strohmänner der kommunistischen „Parteibonzen" sind, bestätigte Rjasanoff, aber er griff den Zentralrat der Gewerkschaften an, weil er zu feige gewesen sei, gegen das kommunistische Zentralkomitee zu kämpfen. Rjasanoff sprach so überzeugend, „daß eine ungeheure Mehrheit eine Resolution annahm, in der die Unabhängigkeit der Gewerkschaften gefordert und festgestellt wurde, daß das kommunistische Zentralkomitee den Zentralrat der Gewerkschaften in seiner Arbeit verhindert habe".

Die Folge dieser Vermessenheit war, daß das kommunistische Zentralkomitee einen ganzen Tag über die Lage beriet und am übernächsten Tag der bolschewistischen Fraktion folgendes Ultimatum vorlegte: 1. Die Resolution Rjasanoff wird zurückgezogen. 2. Es wird eine Resolution angenommen, die das kommunistische Zentralkomitee verfaßt hat. 3. Rjasanoff und Tomski werden vom Kongreß entfernt, von der Gewerkschaftsarbeit ausgeschlossen und vor ein Parteigericht gestellt.

Die bolschewistische Fraktion blieb zunächst hartnäckig. Nicht einmal Lenin konnte die Opposition bannen. Die Kommunisten unter sich vergaben alle Brüderlichkeit. „Es regnete nur Komplimente, wie: Dummkopf, Idiot, Schuft usw." Ja, Lenin wurde sogar schließlich bewogen, der Bitte der Fraktion zuzustimmen, „daß das kommunistische Zentralkomitee seinen Beschluß hinsichtlich Rjasanoff und Tomski revidiere". Aber das kommunistische Zentralkomitee dachte an keine Revision. Es beschloß, an seinem Ultimatum festzuhalten. Daraufhin klappte die bolschewistische Fraktion zusammen, an die Peitsche der „Bonzen" gewöhnt, und nahm das Ultimatum an, aber — und dies Aber ist ein schlechtes Zeichen für die Einheit — „sie beschloß, an den nächsten Parteikongreß zu appellieren". Immerhin— die Ruhestörer waren zunächst entfernt. Der allrussische Gewerkschaftskongreß, bis dahin verzögert, konnte beginnen. Die sogenannte „Einheit" war gewährleistet.

Vor der ersten russischen Revolution gründeten die Polizeipräsidenten des Zaren Arbeiterorganisationen, um die sozialistischen Gewerkschaften zu bekämpfen. Diese Organisationen verdankten ihre Existenz ihrer sklavischen Unterwürfigkeit. Aber die Rechnung ihrer Begründer war falsch. Als ihre Kraft zunahm, wurden auch sie, von revolutionärem Geist gepackt, zu freien Gewerkschaften. Die Gewerkschaften, die die zweite russische Revolution ins Leben rief, entstanden zwar aus eigenem Recht, aber sie werden gleichfalls nur geduldet, wenn sie ihrem Herrn gehorchen. An Stelle der zaristischen Polizeit ist das kommunistische Zentralkomitee und das Parteigericht getreten. Eine andere Faust, aber dieselbe Peitsche.

Regelung der Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft.

Das Exekutivkomitee der Internationalen Landarbeiterföderation hat in seiner vom 17. bis zum 19. Juni zu Berlin abgehaltenen Tagung folgende Entschließung angenommen:

„Die Erzielung von Höchsterträgen in der Landwirtschaft ist im wesentlichen abhängig von der Tätigkeit der Arbeitskräfte. Die Tätigkeit der Arbeiter wird aber nur dann zufriedenstellende Leistungen aufweisen, wenn ihre Arbeitsverhältnisse nicht erheblich verschieden sind von denen aller anderen Arbeiter der Nation. Dies erscheint besonders notwendig, soweit die Länge der Arbeitszeit in Frage kommt. Das Exekutivkomitee anerkennt und unterstützt das Bestreben der landwirtschaftlichen Arbeiter aller Länder, die gleiche Arbeitszeit zu erhalten wie die Arbeiter in anderen Berufen. Die besonderen Verhältnisse in den einzelnen Ländern in bezug auf Klima und Lichtverhältnisse, welche die Dauer der Wachstumsperiode beispielsweise in nördlichen Ländern auf eine kurze Zeitspanne zusammendrängen, erlauben nicht eine schematische Anwendung des Achtstundentages. Dagegen ist eine durchschnittliche Tagesarbeitsdauer von acht Stunden möglich, wenn die Besonderheiten jedes Landes berücksichtigt werden, so daß einer verhältnismäßig kürzeren Arbeitszeit im Winter eine entsprechend längere Arbeitszeit im Sommer gegenübersteht. Durch Mechanisierung der Arbeit, Einführung arbeitersparender Maschinen und Ausnutzung aller wissenschaftlichen Erkenntnisse wird es gelingen, in absehbarer Zeit diese Regelung der Arbeitszeit durchzuführen. Im weiteren steht das Exekutivkomitee auf dem Standpunkt, daß zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ein internationales Uebereinkommen im Sinne der Einrichtung von Arbeitsvermittlungen, Versicherung gegen die Folgen von Arbeitslosigkeit und Regelung der Auswanderung von Arbeitern in andere Länder getroffen werden muß. Der Schutz der Frauen und Kinder bei der Arbeit, die Regelung der Unterkunfts- und Schlafgelegenheit, der Versicherung gegen Krankheit, Invalidität und Unfall, die Errichtung von landwirtschaftlichen Fachschulen zur Heranbildung der für die Landarbeit geeigneten Arbeitskräfte und die gesetzliche Zusicherung des uneingeschränkten Koalitionsrechtes sind in Form von Uebereinkommen gleichfalls möglich. Diese Maßnahmen werden eine wesentliche Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion zur Folge haben."

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Die „Union" krampft schon wieder!

Zum soundsovielten Male leistet sich die Union eine „offene Aufforderung" an uns. Diesmal fordert sie uns auf, um nicht zu sagen: befiehlt sie uns, sofort eine 50prozentige Lohnerhöhung zu verwirklichen. Damit dieser Befehl recht wirksam sei, ist die „offene Aufforderung" mit Beschimpfungen und Verleumdungen der „Verbandsbureaukraten" gespickt. Dies beweist hinlänglich, daß die Unionsbonzen es nicht ehrlich meinen mit der „gemeinsamen Front"! Verständigung will man nicht, wenn man jene, die man zur Bildung einer „gemeinsamen Front" auffordert, mit Beschimpfungen und Verleumdungen traktiert. Das wissen auch die Unionsbonzen, danach ist ihre „offene Aufforderung" zu beurteilen. Ueberdies wissen auch die Unionsbonzen längst aus der Presse, daß die Vertretung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, dem unser Verband angehört, bereits die nötigen Schritte getan hat, um angesichts der noch besonders durch die Brotpreiserhöhung zu erwartenden Teuerung eine entsprechende allgemeine Lohnerhöhung zu verwirklichen. Auch unser Verband hat sich in Mitgliederversammlungen, Konferenzen und im Verbandsvorstand mit dieser Frage beschäftigt und nahmen die Vorstände der vier Bergarbeiterverbände bereits zu der notwendigen Lohnerhöhung Stellung. Da es sich um eine Teuerung handelt, die alle Bergreviere erfaßt, so wird nach zentralen Verhandlungen gestrebt. Diese dürften demnächst in Berlin stattfinden. Wir bedürfen wahrhaftig nicht erst einer „offenen Aufforderung" der Unionsbonzen, um unsere gewerkschaftliche Pflicht zu tun. Diese Novemberrevolutionäre sind die letzten, von denen wir erfahren müssen, was im Interesse der Kameradschaft zu tun ist. Wenn die Unionsbonzen drohen, die Mitglieder der Bergarbeiterverbände „über die Köpfe ihrer Führer hinweg" (!!!) in einen Kampf zu treiben, so beweist diese anmaßliche Drohung nur wieder, daß die unglückseligen Folgen der gewesenen Putsche die Unionsbonzen ganz kalt gelassen haben. Mögen auch noch so viele Arbeiterfamilien durch den maßlosen Machtfimmel der Putscharrangeure ins Unglück gestürzt werden, das genierte die großen Geister in der Unionszentrale nicht. Wenn sie das Unglück angerichtet haben, dann klagen sie nicht sich, sondern „die andern" an. Wir aber warnen die Bergleute dringend, sich von den gewissenlosen Tamtamschlägern mißbrauchen zu lassen! Die Reaktionäre lauern auf die Gelegenheit, der Arbeiterbewegung einen wuchtigen Schlag zu versetzen. Unsere Kameraden können sich darauf verlassen, daß die Verbandsleitung die Interessen der Bergarbeiter in der Lohnfrage energisch wahrnimmt. Wir brauchen dazu nicht einer „offenen Aufforderung" seitens der Unionsbonzen.

Bei dieser Gelegenheit sei an einem neuen Beispiel gezeigt, wie wahrheitsfeindlich die moskowitische Presse ist. Im „Ruhr-Echo" vom 5. Juli wird das Telegramm des sogenannten „Zentralkomitees der russischen Bergleute" an unsere Gießener Generalversammlung veröffentlicht. In dem Protokoll unserer Generalversammlung, Seite 380/81, ist das Telegramm wortgetreu abgedruckt, genau verglichen mit dem Original. Im Originaltelegramm heißt es: „im Namen von 100 000 organisierten Bergleuten ..." Im kommunistischen „Ruhr-Echo" aber sind flugs aus den 100 000 mit affenartiger Geschwindigkeit „350 000 organisierte Bergleute" gemacht worden! So wirds gemacht, um Dumme zu fangen.

„Nationale" Kapitalverschieber.

Daß tatsächlich „Kapitalsverschiebungen in ungeahnt großem Umfange" ins Ausland geschehen sind, konstatierte der Geschäftsleiter der Berliner Diskontogesellschaft, Direktor Salomonsohn, in der Generalversammlung dieser Großbank am 16. Juli. Der Geschäftsleiter wandte sich scharf gegen die Besteuerung des Besitzes, der er die Schuld an den großen Kapitalsverschiebungen zur Last legte! Er kündigte „eine neue Steigerung der Kapitalsverschiebungen an! Außerdem kritisierte er die Regierung der „Obergewerkschaftsführer". Diese Feststellungen beleuchten die „nationale Opferwilligkeit" und Steuerfreudigkeit der Kriegsgewinnler in würdiger Weise. Arbeiter und Angestellte versteuern ihr Lohneinkommen bis zur letzten Papiermark. Die „Edelsten und Besten" dagegen verschieben „ungeahnt große" Millionenwerte über die Landesgrenzen, nur um die Steuern zu hinterziehen. Kann der Reichsfinanzminister diese „nationalen" Großschieber nicht fassen? Als unser Verband in Gießen öffentlich beschloß, die seit Mo-

raden um einen auskömmlichen Lohn kämpfenden britischen Kameraden aus Verbandsmitteln zu unterstützen, heulte die ganze „nationale" Presse über diese Spende. Man sprach von „Schädigung der deutschen Interessen", vom „würdelosen Verhalten", ja vom „Landesverrat". Ueber die ungeahnt großen Millionenverschiebungen der „nationalen" Steuerhinterzieher schweigt sich die „nationale" Presse völlig aus, findet dafür kein Wort der Verurteilung! Ja, ein „nationales" Blatt im Wuppertal nannte diese Steuerhinterziehung sogar eine „nationale" Notwendigkeit gegenüber der „Berliner" Regierung. Wenn Arbeiter mit ihren Spargroschen ihre für die gemeinsame Sache kämpfenden notleidenden Arbeitsbrüder unterstützen, dann soll das „landesverräterisch" sein. Eine Heuchelei, die zum Erbrechen reizt!

Ein neuer Bericht über Mont Cenis

Vom Oberbergamt Dortmund wird uns folgender Bericht über die weiteren Untersuchungsergebnisse übermittelt:

„Die Untersuchung der Explosion, die sich am 20. Juni d. J. auf der Zeche Mont Cenis I/III ereignet hat und bei der 84 Leute zu Tode kamen, während 76 zum größten Teil leicht verletzt wurden, hat zu folgendem Ergebnis geführt:

Mit voller Sicherheit kann der Ursprung und Hergang der Explosion nicht aufgeklärt werden, da die Beteiligten nicht mehr am Leben sind, jedoch ist aus dem Befund der Befahrungen und den Aussagen der überlebenden Zeugen mit größter Wahrscheinlichkeit zu schließen, daß der Ausgangspunkt in einem Querschlag gewesen ist, der aus der Grundstrecke von Flöz Gretchen nach Norden getrieben wurde. Er hatte eine Länge von etwa 45 Meter und wurde durch festes Gestein, meist Sandstein, getrieben, wobei Dynamit zur Verwendung kam. Am 20. Juni auf der Frühschicht war beim Herstellen von neuen Bohrlöchern ein Flöz angebohrt worden. Die dort beschäftigten Leute haben dies noch zwei Stunden vor der Explosion einem noch überlebenden Zeugen mitgeteilt. Wie festgestellt werden konnte, standen zwei Bohrlöcher auf eine Länge von etwa 1 Meter in der Kohle. Sie waren mit Dynamit geladen, was sich daraus ergibt, daß in dem einen der Löcher nach der Explosion noch zwei Patronen Dynamit, die nicht zur Explosion gekommen waren, gefunden wurden. Da die Leute nur Dynamit als Sprengstoff hatten, haben sie auch für das andere Bohrloch, das gut gewirkt hatte, Dynamit benutzt. Unmittelbar nach dem Wegtun der Schüsse ist die Explosion erfolgt. Es läßt dies darauf schließen, daß durch den Schuß der sich hierbei bildende Kohlenstaub zur Entzündung gelangt ist. Die Explosionsflamme ist bis zu einem etwa 140 Meter entfernten Abbaubetrieb in Flöz Gretchen durchgeschlagen, hat hier in dem unvermeidlich vorhandenen Kohlenstaub neue Nahrung gefunden und sich dann über die übrigen Betriebe der beiden Flöze Gretchen und Matthias verbreitet. Die Schuld trifft also hiernach lediglich den Schießhauer des erwähnten Querschlages, der trotz des strengen Verbotes in der Kohle mit Dynamit geschossen hat. Er hätte sich ohne Mühe durch den Steiger des Reviers Sicherheitssprengstoff verschaffen können. Auch hätte durch die Benutzung desselben die Arbeitsleistung nicht gelitten."

Die in diesem Bericht konstruierte Darstellung beruht auch nur auf Mutmaßungen. Für uns ist diese Darstellung unglaubwürdiger als die bisherigen Mutmaßungen. Gesetzt den Fall, daß die auf Mutmaßung beruhende Beschuldigung des Schießhauers auf Tatsachen beruht, dann müßte die Bergbehörde der Oeffentlichkeit Aufklärung darüber geben, wie die Explosionsflamme 140 Meter weit durchschlagen konnte. Es ist dies doch ein Querschlag im festen Gestein. Kohlenstaub konnte nicht vorhanden sein, war Staub vorhanden, dann kann es sich doch nur um Gesteinstaub handeln und dieser verhindert doch das Durchschlagen der Stichflammen. Die zwei in der Kohle stehenden Schüsse konnten doch unmöglich so viel Kohlenstaub erzeugt haben, daß dadurch eine 140 Meter lange Stichflamme erzeugt wurde. Waren es nicht Schlagwetter?

Im übrigen: Wie oft müssen wir wiederholen, daß nicht die Feststellung der Entzündungsstelle die Hauptaufgabe der Untersuchung sein darf, sondern der größte Wert muß darauf gelegt werden, festzustellen, wie es kam, daß die Flamme überall durchschlagen konnte. Dadurch, daß die Flamme überall Nahrung fand, ist es doch erst ein Massenunglück geworden. Kein Mensch redet davon, während doch diese Momente für die Beurteilung, Schlußfolgerung und Verhütungsmaßnahmen nicht minder wichtig, ja noch wichtiger als die Entzündungsursache sind. Die Bergbehörde wird doch wohl nicht mit derselben lächerlichen Verbohrtheit wie die Werksleitung die Behauptung aufstellen, daß zwar in allen Ecken der Grube Mißstände vorhanden sind, in dem Unglücksrevier sei jedoch alles in Ordnung gewesen? Es muß festgestellt werden, welche Mißstände vorhanden waren, inwieweit diese zum Massenunglück beigetragen haben. „Kluge Leute" behaupten allerdings, daß die Explosionsflamme des Kohlenstaubes auch dann durchschlagen kann, wenn alles in bester Ordnung und der Kohlenstaub unschädlich gemacht ist. Mit Verbitterung muß man konstatieren, daß solcher „Sachverstand" stets dann zu hören ist, wenn es gilt, die Nutznießer privatkapitalistischer Wirtschaft ins gute Licht zu setzen. Bei den Arbeitern heißt es stets, daß ihnen nichts passieren könnte, wenn sie alles in Ordnung hielten. Eine solche Sachkunde stempelt die Arbeiter zu Selbstmördern und zu noch viel Schlimmerem. Noch nie ist festgestellt worden, daß die Gewinnsucht gewissenloser Ausbeuter die Schuld am Unglück sei. Stets sind es nur unglückselige Zustände oder — und zwar in den meisten Fällen — die Arbeiter, die das „Verbrechen" verschuldet haben. Auf Mont Cenis haben nicht durch Arbeiter verschuldete Mißstände zu der Größe des Unglücks beigetragen. Wir stellen an die Bergbehörde die Frage, ob sie überzeugt ist, daß im Unglücksrevier „alles in Ordnung" war?

Die Tabakspfeife des „Reichsboten" auf Mont Cenis.

„Der Reichsbote", ein in Berlin erscheinendes reaktionäres Organ, ließ sich am 20. Juli aus Herne folgendes berichten:

„Bei den Aufräumungsarbeiten wurde festgestellt, daß zwei mit Dynamit besetzte Bohrlöcher von je einem Meter Länge in Kohle standen. In einem blieb eine Tabakpfeife (Sperrdruck im Original) stehen, in der in Gegenwart von Vertretern der Bergbehörde und Betriebsführern Dynamitpatronen festgestellt wurden."

Natürlich sind nach dem „Reichsboten" deshalb die Arbeiter schuld am Unglück. Wir stellen diesen Unsinn fest, um zu verhindern, daß nicht in den nächsten Tagen von der Bösartigkeit der Bergleute geschrieben wird, die so ausschweifend sind, daß sie, statt zu arbeiten, bei Schnaps und Spielkarten mit Dynamit gestopfte Tabakpfeifen qualmen.

Altverbändler und Zwölfstundenschicht.

Nichts ist zu dumm, es findet stets sein Publikum! Irgendein fanatischer Zentrumsidiot hat sich die Unwahrheit aus den Fingern gesogen, daß die sozialdemokratischen Altverbändler auf der Ziegelei der Zeche Hugo die zwölfstündige Arbeitszeit eingeführt haben. Man sollte annehmen, daß einen solchen Kohlmus selbst der dümmste Mensch nicht glaubt. Für die Zentrumspresse ist dies jedoch ein gefundenes Fressen, so daß man sich fragen muß, ob die Redakteure, die dies verbreiten, so unvergleichlich dumm sind, um es selbst zu glauben, oder ob sie so schlecht sind, daß ihnen das dümmste Mittel zur Bekämpfung des Gegners gut genug ist? Selbstverständlich darf bei solchem Blödsinn auch nicht die sensationslüsterne Generalanzeigerpresse fehlen. Der Dortmunder „General-Anzeiger" und eine Reihe anderer Blätter dieser Art mußten diesen Unsinn natürlich auch ihren Lesern als wirkliche Tatsache mitteilen. Wie lange noch wollen Verbandsmitglieder diese arbeiterfeindliche Presse durch Abonnements unterstützen, in welcher sie immer wieder auf die niedrigste Art beschimpft und angelogen werden? Welcher Bergmann ist noch weiter willens, für seine Verhöhnung Geld zu bezahlen?

Die Lüge wird folgendermaßen dargestellt: Mitglieder des Verbandes arbeiten auf erwähnter Ziegelei im Akkord zwölf Stunden täglich und haben dadurch den vierten Mann verdrängt. Der Schwindel kann nur durch folgendes entstanden sein: Der Schacht Hugo II wird eine Sohle tiefer geschlagen. Zu den Mauerarbeiten müssen 250 000 Ziegelsteine, welche auf der Ziegelei lagern, durch die Förderung zum Schacht gebracht werden. Sie müssen in Förderwagen geladen und durch zwei Aufzüge auf einen beschränkten Raum von einigen Metern gelagert werden. Diese Arbeit wird drei bis vier Wochen dauern. Der Transport der Ziegelsteine kann auch nicht alle Tage vorgenommen werden. Es werden hierzu Stunden benutzt, wenn der Betrieb nicht besonders überlastet ist. Der Transport und das Aufstapeln der Steine muß sehr vorsichtig vor sich gehen, weil dadurch das Leben anderer in der Nähe arbeitender Kameraden gefährdet wird. Der Betriebsführer der Zeche und der Meister der Ziegelei sagen, daß sie hierzu nur geschickte Vertrauensarbeiter gebrauchen können. Wenn nun gesagt wird, daß mehr Arbeiter eingestellt werden können, so ist dieses wohl durch das Gesagte widerlegt, denn man wird schwerlich geschickte Arbeiter — Fachleute — finden, welche zu den in Frage kommenden Stunden zur Arbeit bereit stehen. Es kann also demnach von einer Einführung der Zwölfstundenschicht nicht die Rede sein. Die Verdrängung des vierten Mannes ist gleichfalls eine Erfindung und unverständlich, wenn man diese überhaupt mit den unregelmäßigen Ueberstunden, die dort gemacht werden, verquicken will. Den Zentrumsschriften kommt es lediglich darauf an, den freigewerkschaftlichen Arbeitern eins auszuwischen. Daß es so ist, kann durch folgendes belegt werden: Am 19. Juli d. J., nachdem also die Notiz die Runde durch die Zentrumspresse gemacht hat, besah sich der christliche Obmann Hohn zusammen mit dem Betriebsführer diese Arbeit und mußte zugeben, daß eine andere Regelung nicht möglich ist.

So steht die Zwölfstundenschicht aus. Warum muß aber erst ein Verleumdungsfeldzug einsetzen, ehe man sich von der Tatsache überzeugt?

Explosion auf Zeche Hubert in Frillendorf.

Am 16. Juli explodierte auf Zeche Hubert unten auf der vierten Sohle ein Preßluftbehälter. Die Erschütterung und der Luftdruck waren von solcher Heftigkeit, daß die Schachttore am Tage weit weggeschleudert wurden. Die Bewohner der Umgebung waren in einen solchen Schrecken versetzt, daß sich gleich das Gerücht verbreitete, ein zweites Mont Cenis, eine Schlagwetterexplosion habe stattgefunden. In wenigen Minuten hatten sich auf der Schachtanlage Frauen, Kinder und sonstige Angehörige eingefunden. Auch die Rettungsmannschaften waren gleich zur Stelle. Eine Beruhigung trat erst dann ein, als bekannt wurde, daß nur ein bedeutender Materialschaden entstanden sei, aber keine Tote und Verletzte zu verzeichnen seien. Es war nur von Glück zu sagen, daß die Explosion nicht beim Schichtwechsel passierte, dann wären wieder eine Anzahl Kameraden auf der Strecke geblieben. Die Belegschaft der Morgenschicht konnte zum großen Teil durch den großen Qualm, der entstanden war, nicht mehr den Schacht erreichen und mußte durch die Nebenschächte ausfahren. Hier wurde von den Kameraden bitter darüber geklagt, daß die Notausgänge nicht genügend durch Schilder gekennzeichnet waren; dadurch kann in einem solchen Moment große Verwirrung entstehen. Es war nach Aussage eines Kameraden sogar an einem Stempel mit Kreide geschrieben, daß dort der Notausgang sei. Diese Angelegenheit wurde noch in letzter Betriebsratssitzung von unseren Leuten angeregt, aber beseitigt wurde der Mißstand nicht. Und wenn nachher ein Unglück passiert ist, dann ist der Bericht der Zechenverwaltung: „Es war alles in Ordnung!" Hier muß es Aufgabe aller Kameraden sein, die Augen offen zu halten und dafür zu sorgen, daß solche Mißstände beseitigt werden.

Wo viele Unorganisierte sind.

Auf der Schachtanlage Prosper I wurde ein Uebertagsarbeiter am 20. Juni d. J. verletzt. Erst nach ungefähr vier Stunden war es möglich, den Verletzten fortzuschaffen, weil kein Fuhrmann zur Stelle war. Eine Woche vorher mußte ein verunglückter Untertagsarbeiter ebenfalls eine Stunde in seinen Schmerzen liegen, bis ein Krankentransportwagen herbeigeholt wurde. In beiden Fällen war der Betriebsrat bei der Werksverwaltung vorstellig. Im ersteren Falle äußerte sich der Maschinensteiger Kr. dahin, daß der Betriebsrat wohl wüßte, daß an allen Ecken gespart werden müßte, zum andern Falle sagte der Betriebsführer B., daß die Verletzung ja nicht lebensgefährlich sei.

Am 24. Juni fragen zwei Betriebsausschußmitglieder den Assessor Beckmann, ob einer Deputation, welche an der Beerdigung der verunglückten Kameraden von Mont Cenis teilnehmen wollte, die Fahrkosten von der Werksverwaltung vergütet würden und ob diese sich an einer Kranzspende beteiligen wolle. In barschem Tone erklärte Assessor B.: „Wir haben gar kein Interesse daran, wenn Sie einen Kranz stiften wollen, so können Sie das ja machen. Fahrtvergütung gibts nicht, und übrigens ist das eine reine Privatsache. Wir wollen doch keine Leute von der Arbeit abhalten, denn wir brauchen Kohlen."

Solche Zustände können sich nur auf solchen Schachtanlagen herausbilden, wo die große Mehrzahl der Arbeiter sich noch nicht einer gewerkschaftlichen Organisation angeschlossen hat, die bestrebt ist, bessere Arbeitsverhältnisse zu schaffen. Mit Zweimradikalismus wird da absolut nichts gebessert, sondern mit tatkräftiger Arbeit. Wer sich nun an dieser tatkräftigen Mitarbeit beteiligen will, wird aufgefordert sich dem alten Bergarbeiterverbande anzuschließen. Wenn dies die große Mehrzahl der Arbeiterschaft eingesehen hat, wird sich auch die Werksverwaltung gegenüber der Arbeiterschaft anders benehmen.

Unser Ziel.

Zwei der Hauptziele sind die Befreiung der Arbeiterklasse vom privatkapitalistischen Joche und Einführung einer höheren Wirtschaftsform, nachdem die jetzige kapitalistische vollkommen versagt hat und sich als unfähig erweist, unser Wirtschaftsleben wieder in geordnete Bahnen zu lenken. Arbeitsmangel und Proletarierelend auf der einen Seite, Schlemmertum und höchste Eleganz auf der Seite der Kapitalisten.

Die Arbeitslosigkeit wird von den Unternehmern systematisch gefördert, um so die Armee der Arbeitslosen zu vergrößern zwecks Lohndrückung. Diesem Streben des vereinigten Unternehmertums kann nur eine geschlossene und willensstarke Organisation der Arbeiter entgegenwirken. Einzig und allein die freien Gewerkschaften, zusammen fast zehn Millionen Arbeiter, sind heute das einzige, aber feste Bollwerk gegen den Privatkapitalismus. Die Gewerkschaftsbewegung darf nicht mehr nur Sache des Mitgliedsbuches, sondern muß inneres Erleben eines jeden Kameraden sein.

Wohl mag manchem von uns die Entwicklung der Arbeiterbewegung zu langsam sein, aber das kommt viel von der Teilnahmslosigkeit und Interesselosigkeit dieser Kameraden. Darum rufe ich sämtliche Kameraden auf: Leistet in euren Versammlungen praktische Gewerkschaftsarbeit und laßt alles Persönliche beiseite, unsere Zeit ist zu kostbar zum Bruderstreit, wir alle haben gleiche Sorgen, gleiche Ziele, darum her zu uns und auf den gleichen Weg mit uns! Ihr alten Gewerkschaftler und ihr jungen Mitkämpfer unserer Organisation, die ihr Träger schaffender Arbeit seid, ganz gleich, ob Hand- oder Kopfarbeiter: tragt und werft, was in euch an Kampfesmut, an Sehnsucht und Erlösungswillen lebt, in unsere Arbeiterbewegung hinein, damit die Kameraden starken Gefühls, die Träumer und Dichter (?) es nicht mehr nötig haben, zu den kleinen Organisatiönchen der Syndikalisten und Unionisten zu laufen.

Die Zeit zum Zusammenschluß der sozialistischen Arbeiter, ganz gleich, welcher Parteirichtung, ist überreif. Auf freigewerkschaftlichem Boden müssen wir uns alle zusammenfinden. Wir können und müssen zusammen, lieber heute als morgen. An dem Tage der Einigung der sozialistischen Arbeiter wird die Flagge der Reaktion auf Halbmast sinken. Die freien Gewerkschaften haben schon beim Kapp-Putsch bewiesen, daß sie einzig und allein der Reaktion ein Halt entgegenrufen können. Mögen sie auch fernerhin dem Kapital und der Reaktion gegenüber ein stählerner Block sein. Die Gewerkschaften müssen Arbeiterpolitik treiben und eine Politik, die den Kameraden zeigt, daß in kurzer Zeit die gesteckten Ziele erreicht werden, eine Politik, die selbst die Christlichen und Hirsch-Dunckerschen zu der Ueberzeugung bringt, daß nur eine große, einheitliche Organisation uns die Morgensonne eines neuen, deutschen Volksstaates bringen wird im sozialen Sinne.

Paul Schoeps, Unna.

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Zur Angestelltenbewegung im Wurmgebiet.

Die Angestellten des Wurmbergbaues stehen seit dem 14. Juli im Ausstand, der sich restlos auf alle Betriebe ausgedehnt hat und vollständig ist. Die Arbeiterschaft des Reviers ist auf Grund dessen ausgesperrt, da die verantwortlichen Beamten, Fördermaschinisten und technischen Grubenbeamten fehlen. Die Verwaltungen haben teils versucht, Reserve-Ersatzbeamte zu bekommen, unter denen zum Teil recht unsichere Personen sich befinden. So hat man auf einer Grube einen wieder als Fördermaschinisten eingestellt, der vor einigen Jahren von der Verwaltung wegen Unfähigkeit von der Maschine genommen war. Die Belegschaft weigert sich — und mit Recht! — mit solchen unsicheren Personen anzufahren. Eine Revierkonferenz der Arbeiterorganisationen nahm am 13. Juli, also einen Tag vor Ausbruch des Angestelltenausstandes, zu den ganzen Fragen Stellung. Einmütig wurde beschlossen, daß die Belegschaften nur dann anfahren könnten, wenn auch wirklich die genügende Sicherheit für Leben und Gesundheit der Arbeiter gegeben sei, wenn vor allen Dingen die verantwortlichen Beamten zur Stelle seien. Als verantwortliche Beamte können aber nicht angesehen werden solche Personen, die jetzt nun herangeholt werden, welche die Maschine, an der sie arbeiten, erst mal kennen lernen müssen, ebenso aber auch nicht solche Beamte, die die Verantwortlichkeit für die Revierführung bis zu dem Ausstande nicht hatten.

Eine größere Revierkonferenz unseres Verbandes nahm am Freitag, den 15. Juli, zu den gemeinschaftlichen Beschlüssen vom 13. Juli und ebenso zu der Lage im Revier Stellung und faßte einstimmig den Beschluß, daß die notwendige Sicherheit nur dann wirklich gewährleistet sei, wenn die alten verantwortlichen Beamten den Dienst versehen. Wo das nicht der Fall sei, fehlten diese Voraussetzungen und könne daher auch nicht angefahren werden.

Die Arbeiter des Wurmgebiets haben seit langer Zeit ebenfalls Lohnforderungen gestellt, über die am 9. Juli verhandelt wurde und die folgendes Ergebnis brachten. Es erhalten an Erhöhung pro Schicht: 1. Gedingearbeiter 5,50 Mk., 2. Schichtlöhner über 20 Jahre unter Tage 6,50 Mk., 3. Schichtlöhner über 20 Jahre über Tage 7,20 Mk. Für jüngere Arbeiter unter 20 Jahren wurden entsprechende Abstufungen vorgesehen. Die Voraussetzung für diese Lohnerhöhung ist eine Ermäßigung der Kohlensteuer für das Aachener Revier. Darüber schweben nun augenblicklich die Verhandlungen im Reichskohlenrat und in den einzelnen Regierungsstellen. Inzwischen nun versuchen Vertreter der unionistisch-syndikalistischen Richtung, die Kameraden des Reviers zu neuen Forderungen anzufeuern. Unsere Konferenzen der Vertrauensleute und Betriebsräte hingegen haben es abgelehnt, im augenblicklichen Stadium, wo die Verhandlungen über die ersten Lohnzugeständnisse noch nicht vollends abgeschlossen sind, neue Forderungen zu erheben. Das würde aber auch der ganzen Angestellten- und auch der Arbeiterbewegung hier im besetzten Gebiet bestimmt zum Verhängnis werden. Das aber stört die Moskauanhänger nicht. Zunächst treten sie in der Maske von Einigungsaposteln auf, um dann ihr wahres Wolfsgesicht zu zeigen und die Bewegung nach parteikommunistischen Grundsätzen zu mißbrauchen. Die Abgesandten Moskaus — Holz von der Gelsenkirchener Union, Wegmann und Wagner von der VKPD.-Zentrale — bereisen das Revier und versuchen, Stimmung zu machen. Damit ist aber den Kameraden des Wurmreviers nicht gedient, indem man immer neue Forderungen erhebt, aber deren Durchführung den gewerkschaftlichen Organisationen überläßt. Unsere Betriebsräte und Vertrauensleute, als die berufensten Vertreter der Belegschaften und Zahlstellen, werden zusammen mit der Bezirksleitung darauf achten, daß die Interessen der Kameraden gewahrt werden.

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Kommunisten und „Christliche" Hand in Hand.

Die Kommunisten und der Breslauer Ableger der „Roten Fahne", die „Schlesische Arbeiter-Zeitung", haben über unseren Verband und den niederschlesischen Bergarbeiterstreik in den letzten Wochen soviel zusammengeschwindelt, daß man ruhig sagen kann: „Höher gehts nimmer!" Wollten wir auf alle Verdrehungen dieser Gesellschaft antworten, dann wäre der Raum unserer Zeitung zu klein. Die Revierkonferenz vom 3. Juli und die Versammlungen vom 10. Juli haben es ihnen auch wieder angetan. Es ist selbstverständlich, daß nach der „Schlesischen Arbeiter-Ztg." unser Vorsitzender Husemann sowohl in der Konferenz wie in der Versammlung in Gottesberg von den kommunistischen Strategen glatt zur Strecke gebracht wurde. Auf ein paar Unwahrheiten und Verdrehungen mehr oder weniger kommt es dabei ja nicht an. Wir würden diesem Geschreibsel zuviel Ehre antun, wenn wir näher darauf eingingen. Nur in einem Punkte sind wir derselben Ansicht wie die „Schlesische Arbeiter-Ztg.". Wenn das Blatt also von Verbrechen, die an der niederschlesischen Arbeiterschaft begangen wurden, faselt, dann kann ruhig gesagt werden, daß diese Verbrecher in ihren Reihen zu suchen sind. Im übrigen beweisen die Berichte der VKPD.-Presse, daß sie in Niederschlesien nicht auf ihre Rechnung gekommen sind. Die Vernunft wird auch hier über alle hirnverbrannten Tiraden siegen.

Arm in Arm mit den Kommunisten sehen wir jetzt den christlichen Gewerkverein marschieren. In einem Bericht über eine Konferenz im Wurmrevier vom 10. Juli („Der Deutsche" vom 14. Juli 1921) heißt es, daß in Niederschlesien der Streik vollständig ohne den geringsten Erfolg zusammengebrochen und daß in den letzten Wochen Hunderte von Uebertritten zu verzeichnen wären. Hier ist zweifellos der Wunsch der Vater des Gedankens gewesen. Glauben die Führer des christlichen Gewerkvereins, durch eine solche Polemik das Zusammenarbeiten zu fördern, dann befinden sie sich auf dem Holzwege. Uebrigens ist der Streik nicht erfolglos zusammengebrochen, sondern mit einem nennenswerten Erfolg beendet. Wenn etwas die Ordnung störte, dann waren es die kommunistischen Leute, die ebenso wie der Gewerkverein von einem verlorenen Streik faselten. Wir gratulieren dem christlichen Gewerkverein zu dieser Bundesbrüderschaft.

Kohlensäureausbruch auf dem Schulte-Schacht.

Bei der Besprechung der elektrischen Grubenlampen in Nr. 27 vom 2. Juli d. J. unserer Zeitung ist bei dem Hinweis auf den Kohlensäureausbruch auf obigem Schacht ein Irrtum unterlaufen. Die Satzform des Berichterstatters war so gefaßt, daß wir zu der Annahme kommen mußten, es wurden vor dem betreffenden Betriebspunkt nur elektrische Lampen verwendet. Aus einer Richtigstellung des Berichterstatters entnehmen wir jetzt, daß die elektrischen Lapmen neben den Sicherheitslampen geführt wurden.

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 31. Woche (vom 24. bis 30. Juli 1921) fällig. Wir bitten alle Kameraden um pünktliche Zahlung der Beiträge.

Das Protokoll der 23. Generalversammlung ist in wenigen Tagen fertig und werden Bestellungen auf dasselbe schon jetzt entgegengenommen.

Krankenunterstützungs-Auszahlung.

Aken a. d. Elbe. Jeden Sonntag von 1 bis 2 Uhr mittags bei Ernst Dammaß, Köthener Chaussee 39.

An die Zahlstellenkassierer.

Wir ersuchen dringend, der Ausstellung von Krankenbelegen mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Die Rubriken müssen vorschriftsmäßig ausgefüllt werden. Oefter fehlt das Eintrittsdatum, das Geburtsdatum, manchmal sogar Vor- und Zuname des Mitglieds, auch der Name der Zahlstelle ist schon oft nicht angegeben worden. In den meisten Fällen fehlt die Kontrollnummer von Mitgliedern, die schon Unterstützung erhalten haben. Das verursacht uns gerade die meiste Arbeit. Ferner sollte man doch leserlich schreiben, hauptsächlich aber die Zahlen der Haupt- und Kontrollnummer. Bei etwas gutem Willen würde man uns viel Arbeit ersparen, was doch lediglich dem Verband zugute kommt.

Abteilung Bücherei.

Abschrift. **Urteil.** 21a P. 143/20.

In der Privatklagesache des Bezirksleiters Edmund Graf in Essen, Justusstraße 29, Privatklägers, vertreten durch Rechtsanwalt Levy in Essen, gegen 1. den Redakteur Josef Witt in Gladbeck, 2. den Bergmann Matthias Hermanns in Essen-West, Angeklagte, vertreten durch den Rechtsanwalt Obuch in Düsseldorf, wegen Beleidigung, hat die von dem Privatkläger gegen das Urteil des Schöffengerichts in Essen vom 5. Mai 1920 eingelegte Berufung die achte Strafkammer des Landgerichts in Essen in der Sitzung vom 14. Dezember 1920, an welcher teilgenommen haben: Landgerichtsrat Dr. Schelling als Vorsitzender, Landgerichtsrat Marx und Gerichtsassessor Weustenfeld als beisitzende Richter, Gerichtsaktuar Glausmeyer als Gerichtsschreiber, für Recht erkannt: Unter Aufhebung des angefochtenen Urteils werden die Angeklagten wegen Beleidigung des Privatklägers zu einer Geldstrafe von je 50 Mk. (fünfzig Mark), im Unvermögensfalle für je 10 Mk. (zehn Mark) zu einem Tage Haft kostenpflichtig verurteilt. Dem Privatkläger wird die Befugnis zuerkannt, den entscheidenden Teil des Urteils binnen 2 Wochen nach Rechtskraft des Urteils in der „Freien Arbeiter-Union" und in der „Bergarbeiter-Zeitung" je einmal zu veröffentlichen.

Beglaubigt: Dr. Levy und Dr. Stern, Rechtsanwälte, durch: Levy.

Die Beleidigung, die ich gegen den Kassierer Wilhelm Ohmann, Castrop, Landwehrstr. 14, ausgesprochen habe, nehme ich als unwahr mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück. Johann Gimpel.

Vielfachem Wunsch entsprechend haben wir Geldkassetten beschafft, die wir zu folgendem Selbstkostenpreis an die Bezirks- und Zahlstellenverwaltungen abgeben:

Aeußerst stabiles Fabrikat:

Länge 35 cm, Breite 25½ cm, Höhe 14½ cm: Preis 275 Mk.
Länge 29 cm, Breite 22 cm, Höhe 12 cm: Preis 250 Mk.

Etwas leichteres Fabrikat:

Länge 30 cm, Breite 20 cm, Höhe 9½ cm: Preis 150 Mk.
Länge 23 cm, Breite 18 cm, Höhe 9½ cm: Preis 115 Mk.